

B E R I C H T E

Zollner: Kirche in Sachen Missbrauch längst besser als ihr Ruf	2
Top-Kinderschutzexperte in Wien: Katholische Priester weltweit bestuntersuchte Gruppe - Italien einziges Land Westeuropas ohne Aufarbeitung - "Theologie der Macht" und ehrliche Reue nötig	
Warum Kardinäle ins Konklave gesperrt werden	4
Fachleute drängen, Papst Franziskus dementierte zuletzt aber, er wolle Papstwahlnormen ändern - Exklusive Wahlverfahren entstand vor 750 Jahren nicht in Rom, sondern in Lyon	
Die verschlungenen Wege des Herrn Perlasca	6
Vom hohen Staatssekretariats-Beamten zum 2. Staatsanwalt zum Verdächtigen und dann Kronzeugen im größten Vatikan-Finanzprozess der Geschichte	
Abtpräses: Übergangsleiter für Stift St. Paul kommt von auswärts	7
Benediktinerkloster nach Ankündigungen eines Sabbatjahrs für Administrator Kollmann und Dekan Tschreppitsch in Personalnöten - Verkündung der Nachfolge am 6. Mai	
OGH: Keine Heimopferrente nach Missbrauch im Zelt durch Priester	8
Generationenvergleich zeigt massiven Vertrauensverlust der Kirche	9
Ordensfrau: Romnija besonders oft Opfer von Menschenhandel	10
Immer mehr Konfessionslose in der Schweiz	10
Italien erlaubt Lebensschützern Zutritt zu Abtreibungskliniken	11
Spaniens Songcontest-Beitrag mit Titel "Schlampe" sorgt für Empörung	12
Was christliche Nationalisten für eine zweite Trump-Ära planen	13
25 Jahre Columbine-Massaker: Überlebende wurde Ordensfrau	14
"Spielmann Gottes": Kirche feiert Heiligen Philipp Neri	15

P R E S S E S C H A U

Schönborn-Nachfolge: Krautwaschl für "Krone" heimlicher Aufsteiger	16
Heiße Phase bei der Suche für Wiener Bischofs-Nachbesetzung - Zeitung sieht Elbs an Top-Position, Glettler "in Ungnade" gefallen - Entscheidung über Grazer Weihbischof noch 2024	
Kirchenzeitungen: Flüchtlingskinder "Chance für Österreich"	17
Redaktionsleiterin Slouk über Familiennachzug: Neuankommenden Familien Chancen auf eigenen Verdienst geben, um Integration zu erleichtern - "Furche" greift Debatte um Wohnsitzauflage auf	
Debatte um Umgang mit "Rechten" erreicht auch Kirchenzeitungen	18
Ausschluss eines AfD-Politikers von Kirchenämtern für Wiener "Sonntag" fragwürdig - Michael Prüller: "Keine gute Idee, die Orbans dieser Welt zu verhindern, indem man sie imitiert"	
Vatikan bei Biennale: "Werden Inhaftierte instrumentalisiert?"	19
Pavillon auf Venedigs Frauengefängnis-Insel sorgt in Österreichs Zeitungen für "beschämtes" und "deplatziertes" Gefühl - Begegnung mit Insassinnen "prägender als die Kunstwerke"	

D O K U M E N T A T I O N E N

Churer Bischof bei Huonder-Requiem: Freude statt Angst vor der Welt	21
Wortlaut von Bischof Bonnemain beim Requiem für verstorbenen Churer Altbischof, der auf eigenen Wunsch bei der von Rom getrennten Piusbruderschaft beigesetzt wurde	

B E R I C H T E

Zollner: Kirche in Sachen Missbrauch längst besser als ihr Ruf

Vatikanischer Präventionsexperte bei Vortrag in Wien: Katholische Priester die weltweit best-untersuchte Gruppe in Sachen Missbrauch - Italien heute einziges Land Westeuropas ohne Aufarbeitung - "Theologie der Macht" und ehrliche Reue heute vonnöten

26.04.2024 (KAP-ID) Eine Zwischenbilanz über die Missbrauchs-Aufarbeitung in der Kirche weltweit hat der Jesuit Hans Zollner in Wien gezogen. "Es hat sich etwas getan, wir sind aber noch weit entfernt von dem, wo wir sein sollten - vor allem davon, dass die Kirche eine prophetische Stimme wäre", so das Resümee des vatikanischen Parade-Präventionsexperten schlechthin, der am 24. April vor der Unabhängigen Opferschutzanwaltschaft sprach. 14 Jahre nach der großen Missbrauchskrise von 2010 werde die Kirche heute wahrgenommen als die "großen Blockierer, die nichts lernen und denen man nicht zutrauen kann, dass sie im eigenen Haus für Ordnung sorgen". Die Realität sei besser, aber lange nicht perfekt, so der Theologe und Psychologe, der an der päpstlichen Gregoriana-Universität das Kinderschutzzentrum leitet.

Denn in allen Diözesen weltweit sei die Sensibilität für das Missbrauchs-Thema merklich gestiegen, und auch noch in den vergangenen sieben Jahren habe sich der Fokus geweitet: "Zunehmend kommen außer dem sexuellen Missbrauch von Kindern nun auch andere Übergriffe in den Blick - wie sexuelle Gewalt, physischer, psychischer und spiritueller Missbrauch sowie Machtmissbrauch", so Zollner. Freilich oft durch Medien in den Fokus gerückt, sei das Thema des Missbrauchs in der Kirche überall präsent und werde diskutiert, "besonders wenn die Täter Kleriker sind, von denen zurecht andere Standards und Glaubwürdigkeit als bei anderen Berufsgruppen erwartet werden".

Verzerrtes Bild

Nur in der katholischen Kirche seien Missbrauchszahlen bisher empirisch belegt, "keine andere Institution hat so viele Studien, Gutachten und wissenschaftliche Untersuchungen hervorgebracht, und es gibt keine Berufsgruppe, die auch nur annähernd so ausführlich hinsichtlich des Missbrauchs-Verhaltens untersucht ist wie katholischen Priester." Da ähnliche Erhebungen bei Lehrern, Trainern, in Jugend- und Sozial-

arbeit Tätigen, Kindergartenpädagogen oder auch Psychologen und Therapeuten fehlten und es somit auch keine Vergleichsgruppe gebe, sei das Bild in der Öffentlichkeit verzerrt. "Es ist wissenschaftlich nicht haltbar zu sagen, dass Priester öfter missbrauchen", so Zollner. Immerhin habe das hohe Problembewusstsein in der Kirche zu einem Fortschritt bei der Prävention geführt, womit die Kirche heute die "größte und effizienteste Kinderschutzorganisation der Welt" sei (vgl. *Beicht im Kathpress-Tagesdienst vom 25. April*).

Zugleich räumte Zollner ein, dass die Kirche mit ihrer Präsenz in allen Ländern als Teil der jeweiligen Gesellschaft und Kultur in die Zusammenhänge vor Ort verstrickt sei. Sexualität und erst recht der Missbrauch sei in Zusammenhang mit Religion, Familie oder Schule vielerorts weiter ein Tabu. Folglich gebe es kulturell "sehr große Unterschiede, was das Bewusstsein über die Unmöglichkeit sexueller Gewalt angeht, hinsichtlich der Sprachfähigkeit bei diesem Thema und auch in Bezug auf den Willen, nicht nur reaktiv bei öffentlichem Druck nach dem Aufkommen von Skandalen, sondern auch proaktiv damit umzugehen", betonte der Experte.

Rezente Fälle in Italien

Und selbst in Westeuropa gebe es eine Ausnahme, sei doch in Italien das Thema sexueller Gewalt "noch immer nicht angekommen". Das Land am Stiefel, in dem auch der Vatikan liege und das somit mit seiner Mentalität die Gestalt der Kirche entscheidend präge, weise in vielerlei Hinsicht Eigenheiten auf. "In Italien zeigt bisher keine der großen Säulen und Identifikationsobjekte der dortigen Gesellschaft - wie Sport, Mode, Film, Medien und Tourismus - Interesse, dass über Missbrauch gesprochen wird, da jede von ihnen mit Missbrauch infiziert ist", berichtete Zollner. Die #Metoo-Bewegung sei an Italien vorübergegangen, und ähnlich hätten auch Vorladungen in Missbrauchsprozessen der Wählerinnengunst eines früheren Regierungschefs kaum geschadet.

Dass Italiens Kirche hier nur eine weitere dieser genannten Säulen darstelle, geht laut Zollner aus dem Umstand hervor, dass das Land bei den im Vatikan bekanntwerdenden Fällen von Anschuldigungen über rezente Missbrauch weltweit an zweiter Stelle liege, gleich hinter den USA. "Überall sonst in der Welt fände man diese Nachricht sofort auf den Titelseiten, in Italien jedoch nicht", so der Präventionsexperte. Wohl türme sich auch in Italiens Redaktionen Material über Missbrauchsfälle, "doch es gibt unter den großen Medienhäusern oder Tageszeitung niemanden, der dies bisher zu einem großen Thema gemacht hätte, wie es die Aufgabe von Journalisten wäre." Große Enthüllungen wie in Deutschland oder Österreich 2010 habe Italien daher nicht erlebt.

Rom als Last

Nur spekulieren könne man über die Ursachen dieses Missstandes, sagte Zollner. Zum mediterranen Macho-Gehabe und einer "vielleicht griechisch-antik-römischen Verklärung von Sexualität" geselle sich eine Grundhaltung des "Leben und leben lassen", bei dem man übereinander nichts Schlechtes sagen wolle und es unbedingt vermeide, eine schlechte Figur zu machen ("fare brutta figura"). Bei Skandalen heiße es daher schnell "Schwamm drüber!", Verantwortung werde nicht übernommen und das Thema verschwiegen. "Das Schlimmste ist für die Kirche, dass sie in Rom in starker Wechselwirkung mit dieser Gesellschaft steht und sich dieses Muster dabei weltweit überträgt", mahnte der im Vatikan wirkende Experte.

Nur teilweise und regional unterschiedlich bemühe sich Italiens Kirche um Prävention. Maßnahmen dazu seien laut Zollner "in einigen der 212 Diözesen sehr stark und konsistent, in anderen hingegen überhaupt nicht" ausgeprägt. 2019 habe die Bischofskonferenz beispielsweise bestimmt, jede Diözese brauche ein Büro für Missbrauchs-Betroffene. Fünf Jahre später verfügten 160 Diözesen eine Adresse dafür, doch es sei unklar, ob die Büros tatsächlich existierten. Jedenfalls sei die Kirche in Italien und weltweit in Sachen Aufarbeitung und Kinderschutz ein "großer Flickenteppich mit Gegenden, wo es gut läuft, und anderen, wo Wüste ist" - und "keineswegs ein monolithischer, hierarchisch von oben nach unten strukturierter Block, in dem einer sagt, wo es langgeht".

Zertifizierungen in den USA

Grundprinzipien im Umgang mit Missbrauch müssten immer in die jeweilige Kultur und Rechtsraum übersetzt werden, denn allgemein gültige Lösungen gebe es nicht, so die Erfahrung des Experten in einem an den Vortrag anschließenden Journalistengespräch. Nur aus einigen US-Bundesstaaten kenne er beispielsweise das Konzept der Zertifizierung von Pfarren und Schulen durch Agenturen. Es entspreche dem dortigen Rechtsverständnis, dass Versicherungen ohne diese Begutachtung nicht zahlungsbereit seien. "Dabei handelt es sich um eine rein rechtlich-finanzielle Angelegenheit, die mit effektivem Gewinn für den Kinderschutz nichts zu tun hat. Recht und Leitlinien allein schaffen keine sichere Umwelt", gab Zollner zu bedenken.

Als "hoch umstritten und bisher nicht wissenschaftlich belegt" bezeichnete der Kinderschutz-Experte die Wirksamkeit spezifischer Präventionsmaßnahmen. Wohl seien Anschuldigungen über neue Vorfälle bleibend zurückgegangen, wo derartige Maßnahmen, Schulungen und Leitlinien eingeführt wurden - wie etwa in den USA ab 2002. "Wir wissen aber nicht, was letztlich die Veränderung ausgelöst hat: Waren es die Medien? Die Leitlinien - und falls ja, was genau in den Leitlinien? Welche Maßnahmen? Die Schulungen? Die veränderten Beziehungen des Bischofs zu den Priestern, vom Provinzial zum Ordensmann?", so Zollner.

Best Practice

Einige wenige "Best practice"-Beispiele nannte Zollner bei seinem Vortrag. Fasziniert zeigte er sich von der französischen Bischofskonferenz, die bei jeder Sitzung seit 2017 aus einem Buch mit Geschichten von Missbrauchsoffern verlese: "Betroffene sind mit ihrer Stimme da." In Österreich sei es "vorbildlich" gewesen, dass Kardinal Christoph Schönborn 2010 "intuitiv die Notwendigkeit erkannt" und es geschafft habe, für die Aufarbeitung auch die Orden ins Boot zu holen. Der Frauenorden "Franciscan Missionaries of Mary" wurde von Zollner dafür gewürdigt, andere für Prävention auszubilden und deren Erfahrungen auch in die eigene Ordenstätigkeit einfließen zu lassen. Vielversprechend sei ein E-Learning-Programm zu den Themen "Missbrauch von Ordensfrauen" und "Missbrauch durch Ordensfrauen", das eine Stiftung zur Förderung von Ordensfrauen in Afrika in Auftrag gegeben habe und Ende Mai präsentieren werde, und auch bei den

Franziskanern sei die systematische Ausbildung ihres Personals vorbildlich.

Zur Fragestellung "Was müssen wir angehen?" forderte Zollner einerseits die Entwicklung einer "Theologie der Macht". Eine Auseinandersetzung mit diesem Thema sei dringend notwendig, sähen doch Opfer von Gewalt und Missbrauch rückblickend besonders die erlebte Ohnmacht als ihr Problem. Das Selbstverständnis als Kirche müsse auf die Menschen statt auf die Institution fokussiert, die Furcht vor dem Skandal abgelegt und das Thema Sexualität in Verbindung mit Gewalt, Sünde und Scham neu ins Gespräch gebracht werden. Auch ein besseres Eingeständnis eigener Verbrechen sei unumgänglich, wofür die Kirche eigentlich Vorlagen haben sollte. Zollner: "Auch eine Beichte ist nur dann gültig, wenn es ehrliche Reue, ein klares Bekenntnis und tätige Wiedergutmachung und Buße gibt."

Auf Seite der Verwundeten

Mit ihrer Erfahrung und Vorreiterrolle in Sachen Kinderschutz und Safeguarding könne die Kirche mit einer eigenen Mentalitätsveränderung auch in Kontexten wirken, in denen das Problembewusstsein bisher noch völlig fehle, so Zollners Hoffnung für die Zukunft. Beispielsweise hätten laut Schätzungen 90 Prozent aller Frauen auf der Flucht sexuellen Missbrauch selbst erfahren, "bei

den Kindern wird es nicht anders sein". Auch dort, wo Naturkatastrophen oder Kriege eine Gesellschaftsordnung zerstören - der Jesuit nannte hier Haiti, Jemen und den Sudan - sei "davon auszugehen, dass Millionen Menschen sexuell missbraucht und ausgebeutet werden". Ebenso gelte es in der Betreuung von Kranken und Behinderten, in Altersheimen oder im Sozialbereich genauer hinzusehen.

"Das Bewusstsein für Missbrauch ist nicht überall da, die Realität aber schon - sie begleitet die Menschheitsgeschichte von Anfang an, es ist heute so und wird auch in Zukunft so sein", gab sich Zollner illusionslos. Erst recht sei es daher wichtig, "dass wir nüchtern und mit langem Atem vorgehen und uns einsetzen, dass so wenig Missbrauch wie möglich geschieht". Die Kirche im deutschsprachigen Raum und auch weltweit stehe vor einer notwendigen "radikalen Veränderung", welche das Priester- und Kirchenbild betreffe, aber auch die Art zu kommunizieren: "Weg von Kategorialem und hin zum Narrativen - zu den Geschichten, die uns beeindrucken, mit denen wir das Erfahrene weitergeben." Das gelte auch für das Thema Missbrauch und den Auftrag der Kirche, "mit Jesus bei denen zu sein, die verwundet sind und Schutz brauchen", schloss der Ordensmann.

Warum Kardinäle ins Konklave gesperrt werden

Fachleute drängen: Papst Franziskus aber hat zuletzt dementiert, er wolle die Papstwahlnormen ändern - Entscheidend geprägt wurde das exklusive Wahlverfahren vor 750 Jahren nicht in Rom, sondern in Lyon - Hintergrundbericht von Roland Juchem

26.04.2024 (KAP-ID) "Extra omnes!" - "alle hinaus!" Mit diesen Worten des Zeremonienmeisters beginnt das wohl exklusivste Wahlverfahren der Welt, jenes für ein neues Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche. Ganz so geheimnisvoll wie früher ist das so genannte Konklave nicht mehr, seit Journalisten und der Papst selbst daraus berichtet haben. Festgeschrieben wurde das Verfahren von Papst Gregor X. 1274 beim Zweiten Konzil von Lyon. Bereits das III. Laterankonzil hatte 1179 entschieden: Ein Papst gilt dann als gewählt, wenn er die Zweidrittelmehrheit der anwesenden Kardinäle erhält. Auch legte man fest: Einen Papst wählen dürfen nur Kardinäle - während lange davor auch das römische Volk beteiligt war.

Zudem sollte eine Wahl so zügig wie möglich erfolgen. Dies erwies sich als schwieriger.

Vom 11. bis zum 13. Jahrhundert hatte das römische Papsttum eine große Machtfülle entfaltet. Damit geriet der Stuhl Petri wegen seiner Einfluss- und Einnahmemöglichkeiten zum einen ins Visier römischer Adelsfamilien. Zum anderen wollten der Kaiser sowie die Könige Frankreichs und Neapels ein Wörtchen mitreden. Was dazu führte, dass Papstwahlen wegen fest gefügter Parteien unter den Kardinälen monatelang dauerten. Starke Persönlichkeiten und die kleine Zahl des Kollegiums erschwerten die Wahlen zusätzlich.

Erste Papstwahl im 13. Jahrhundert

Als erstes Konklave überhaupt gilt die Papstwahl von 1241. Weil die zehn Kardinäle zwischen Papsttum und Kaiser gespalten waren - Friedrich II. hatte zwei ihm nicht genehme Kandidaten gefangengesetzt -, sperrte der römische Senator Matteo Rosso Orsini die Kirchenmänner in einen verfallenen antiken Palast. Die Idee dazu kam ihm aus der Praxis italienischer Stadtkommunen, deren Obere hinter verschlossenen Türen frei von äußeren Einflüssen und innerem Parteienstreit ihre Ämter besetzten.

Der quasi unter Haftbedingungen gewählte und dadurch auch geschwächte Coelestin IV. regierte jedoch nur etwa zwei Wochen. Sein Nachfolger Innozenz IV., gewählt erst 1243 nach fast zwei Jahren Sedisvakanz, musste wegen des Streits mit den Kaisertreuen gar nach Lyon fliehen.

Kardinäle in Palast gesperrt

Das Fass zum Überlaufen brachte dann das Gezerre nach dem Tod Clemens' IV. Ende November 1268 in Viterbo, nördlich von Rom. Wie üblich trat das Kardinalskollegium am Sterbeort des Papstes zusammen. Als die Eminenzen sich nach eineinhalb Jahren immer noch nicht geeinigt hatten, schloss sie der "Capitano del popolo" von Viterbo im Juni 1270 im Bischofspalast ein und ließ das Dach abdecken. Sommerhitze und Regen sollten die Herren an die Dringlichkeit ihrer Aufgabe erinnern. Es heißt, die Prälaten hätten sich Holzhütten gegen die Unbilden des Wetters gebaut.

Dennoch endete die längste Sedisvakanz der Geschichte - sie dauerte 33 Monate und zwei Tage - erst am 1. September 1271: mit der Wahl des Kompromisskandidaten Tebaldo Viscontis, selbst kein Kardinal - nicht einmal Priester - und damals in Jerusalem weilend. Gregor X., wie er sich nannte, hatte aus dem Druck der weltlichen Autoritäten von Rom und Viterbo, denen allzu lange Sedisvakanz auch wirtschaftlich schaden, seine Lehren gezogen. Und bereitete alsbald seinen Erlass "Ubi periculum" (Wo Gefahr ist) vor, den er 1274 dem II. Konzil von Lyon vorlegte.

"Cum clave"

Wesentliches Merkmal des Erlasses ist: Die Wahlberechtigten werden solange eingeschlossen (cum clave - mit einem Schlüssel), bis sie sich auf einen neuen Papst geeinigt haben. Kein Kardinal

durfte das Konklave verlassen, außer er wurde schwer krank. Ein- und Ausgänge wurden bewacht. Jeder Kardinal durfte einen oder maximal zwei Diener mitnehmen.

War nach drei Tagen keine Wahl getroffen, gab es fünf Tage lang nur zwei Mahlzeiten täglich, danach allein Brot, Wasser und Wein. Das wichtigste Druckmittel, um die Wahl eines Papstes zu beschleunigen, war allerdings ein finanzielles. Gregor wies an, den Kardinälen während des Konklaves kein Gehalt mehr auszuzahlen. Die weit verbreitete Kritik an persönlichen Bereicherungen der Purpurträger während der Sedisvakanz hatte er sich gemerkt.

Damit machte sich Gregor bei den Kardinälen auf dem Konzil in Lyon, das vom 7. Mai bis zum 17. Juli dauerte, unbeliebt. Um "Ubi periculum" Anfang November schließlich doch durchsetzen zu können, musste er zunächst etliche Bischöfe auf seine Seite ziehen.

Die äußeren Umstände einer Papstwahl waren damit geregelt, nicht jedoch das Verfahren selbst. Dazu gab es traditionell drei Varianten: 1. "Per scrutinium" sammelten drei Stimmzähler alle Stimmen geheim ein und verkündeten anschließend das Ergebnis. So geschieht es auch heute noch weitgehend. 2. "Per compromissum" übertrugen die anwesenden Kardinäle das Wahlrecht einem ebenfalls dreiköpfigen Wahlgremium - und mussten sich dessen Entscheidung gegebenenfalls zähneknirschend beugen. 3. Eher selten wurde der neue Papst "quasi per inspirationem" von den anwesenden Kardinälen durch allgemeine Zustimmung gewählt.

Zwar setzten einige Päpste "Ubi periculum" bald darauf außer Kraft. Doch seitdem 1294 Papst Coelestin V. den Erlass erneut für gültig erklärte, ziehen die papstwahlberechtigten Kardinäle regelmäßig ins Konklave. Einige Jahrhunderte am jeweiligen Sterbeort des Papstes, dann lange im damals noch päpstlichen Quirinalspalast in Rom. Und erst seit 1878 in der Sixtinischen Kapelle im Vatikan.

Vor einigen Wochen mahnte der italienische Kirchenhistoriker Alberto Melloni eine Reform des Konklaves an. Es bestehe die Gefahr, dass "ein kriegführendes Land oder eine Großmacht der Informationstechnologie" sich ähnlich massiv einmischen könnte, wie dies bei Papstwahlen im Mittelalter der Fall war. Denn auch eingeschlossene Kardinäle sind vor jeglichen äußeren Einflüssen nicht gefeit.

Die verschlungenen Wege des Herrn Perlasca

Vom hohen Beamten im Staatssekretariat zum 2. Staatsanwalt zum Verdächtigen und dann Kronzeugen im größten Finanzprozess der Vatikan-Geschichte: Das Leben von Alberto Perlasca ist alles andere als eintönig - Nun könnte es eine neue (alte) Wendung nehmen - Von Kathpress-Rom-Korrespondentin Severina Bartonitschek

26.04.2024 (KAP-ID) Alberto Perlasca ist kein Vatikan-Promi, sein Lebenslauf eine klassische Beamten-Karriere beim Heiligen Stuhl. Bekanntheit erreicht der Priester und ehemalige Angestellte im Staatssekretariat dann aber durch seine ominöse Rolle im größten Finanzprozess der Vatikan-Geschichte. In dem Fall rund um verlustreiche Investitionen in eine Londoner Luxusimmobilie zählt er zunächst zum Kreis der Verdächtigen. Dann wird er zu einem der Hauptzeugen und schließlich gar zum Nebenkläger. Nun soll er wieder ein Amt im Vatikan bekommen - beim obersten Kirchengericht.

Der heute 63-jährige Perlasca stammt aus dem norditalienischen Como. Dort wird er 1992 zum Priester geweiht. Er studiert Rechtswissenschaften und Kirchenrecht. 2003 wird er beim vatikanischen Staatssekretariats angestellt - in der Rechtsabteilung der Sektion für allgemeine Angelegenheiten. Danach arbeitet er im diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhls in der Vatikan-Botschaft in Argentinien. Danach kehrt er ins Staatssekretariat zurück und leitet ab 2009 das Verwaltungsbüro. Eben jenes, über das auch die am Ende verlustreiche Investition in eine Londoner Immobilie lief.

Als verdächtige Transaktionen langsam ans Licht kommen, versetzt Papst Franziskus den Verwaltungsleiter Mitte 2019 auf einen deutlich weniger einflussreichen Posten an das oberste Kirchengericht. Als stellvertretender Staatsanwalt an der Apostolischen Signatur wirkt er jedoch nur kurze Zeit. Im Februar 2020 werden sein Büro und seine Wohnung durchsucht, Dokumente und Computer beschlagnahmt - auf Anordnung der vatikanischen Staatsanwaltschaft.

Kronzeuge im Mammutprozess

Der von Benedikt XVI. 2006 zum Päpstlichen Ehrenkaplan ernannte Perlasca kehrt daraufhin in seine Heimatdiözese Como zurück. Die Ermittlungen im Vatikan gehen weiter und münden in den bekannten Mammutprozess mit zehn Angeklagten, darunter erstmals ein Kardinal. Um den von 2011 bis 2018 zweiten Mann im Staatssekretariat und Perlaschas ehemaligen Chef, Kardinal

Giovanni Angelo Becciu, vor Gericht bringen zu können, modifiziert der Papst selbst das Strafprozessrecht des Vatikanstaates.

Als aber der Vatikan den Prozessbeginn, Namen und Anklagepunkte veröffentlicht, ist - überraschend für Beobachter - Perlasca nicht dabei. Der ehemalige Kassenverwalter entschloss sich zur Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und fungiert fortan als einer der Hauptzeugen in dem Verfahren. Um die Herausgabe von Audio- und Videoaufnahmen seiner womöglich entscheidenden Befragungen entbrennen heftige Auseinandersetzungen zwischen Strafverfolgung und Verteidigern. Der Prozess wird aufgrund dessen ein um das andere Mal vertagt.

Beccius Kritik

Der bedrängte Becciu - angeklagt wegen Veruntreuung und Amtsmissbrauch sowie Verleitung zur Falschaussage - lässt schließlich kein gutes Haar an seinem ehemaligen Untergebenen. Perlasca habe sich als Leiter des Verwaltungsbüros quasi wie das Oberhaupt "eines kleinen Reiches" gefühlt, er sei "jähzornig" und "empfindlich" gewesen. Als er im Zuge der Ermittlungen von allen Aufgaben entbunden wurde, habe er mit Selbstmord gedroht.

Dennoch, so Becciu, habe er sich stets auf die große fachliche Expertise Perlaschas verlassen und ihm vertraut. Mehrfach habe er ihn nach der Rendite des Londoner Deals gefragt, Perlasca ihn jedoch vertröstet. Aus Unterlagen des Strafverfolgers geht jedoch hervor, dass Perlasca bereits früh Becciu über seltsames Gebaren ihrer Finanzpartner informiert haben will.

Von der Justiz ungeschoren

Beim stundenlangen Kreuzverhör beschreibt Perlasca dann seine eigene Rolle und Befugnisse als eher unbedeutend, gibt die Schuld dem damals für Investitionen zuständigen Beamten im Staatssekretariat. Insgesamt erinnert er sich nur an Weniges konkret, teilt stattdessen gegen "betrügerische" Finanzmakler und Berater aus und kritisiert den vatikanischen Rechnungsprüfer.

Im Gegensatz zu seinem ehemaligen Vorgesetzten Becciu - erstinstanzlich zu fünfeinhalb Jahre Haft, einer Geldstrafe von 8.000 Euro sowie einem ständigen Verbot der Ausübung öffentlicher Ämter verurteilt - verlässt Perlasca den Finanzprozess ungeschoren. Mehr noch: Auch aus einem von Becciu angestregten Zivilprozess mit Schadenersatzklage geht Perlasca als Gewinner hervor. Der Kardinal muss ihn schließlich für das in den Augen des Richters ungerechtfertigte Verfahren entschädigen.

Nun berufliche Rehabilitation?

Folgt nun noch die berufliche Rehabilitation durch den Vatikan? Perlasca's Berufung an die Apostolische Signatur ist noch nicht offiziell. Bislang bestätigten lediglich anonyme Vatikanquellen gegenüber verschiedenen Medien die Personalie. Es wäre auch nicht ganz jener Posten, den Perlasca einst innehatte - beigeordneter stellvertretender Staatsanwalt. Aber möglicherweise entwickelt sich daraus später Größeres - wie schon so oft im Leben des Herrn Perlasca.

Abtpräses: Übergangsleiter für Stift St. Paul kommt von auswärts

Benediktinerkloster nach Ankündigungen eines Sabbatjahrs für Administrator Kollmann und Dekan Tschreppitsch in Personalnöten - Verkündung der Nachfolge am 6. Mai

26.04.2024 (KAP-ID) In schwieriger Phase befindet sich das Stift St. Paul im Lavanttal: Der bisherige Administrator des einzigen in Kärnten ansässigen Mönchsordens, Pater Marian Kollmann (41), legt sein Amt mit 6. Mai aus persönlichen Gründen nieder und wird ab Herbst eine mehrmonatige Auszeit in einem anderen Kloster nehmen. Das wurde am 23. April bekannt. In der "Kleinen Zeitung" (26. April) kündigte der Abtpräses an, die am 6. Mai verlautbarte Nachbesetzung für Kollmann komme nicht aus den eigenen Reihen des Klosters. Zugleich verwies der Bericht darauf, die Gerüchteküche rund um die Personalwechsel sei am Brodeln.

Vor allem die Personalsituation des im Vorjahr noch elf Mitbrüder umfassenden Konvents gebe zu denken, hieß es in dem Beitrag: Nicht nur Kollmann, sondern zuvor schon auch Dekan Petrus Tschreppitsch (37) habe eine Auszeit ab Herbst in einem anderen Kloster angekündigt, erst unlängst habe es mit Nikolaus Reiter (38) und Romanus Kribernegg (32) zwei Ausritte aus dem Orden gegeben, hinzu komme noch der Tod von Altabt Bruno Rader (84). Vier Patres verblieben somit, darunter Siegfried Stattmann (71), Seelsorger im Haus Benedikt in Wolfsberg, Gerfried Sitar (55), Dekan und Pfarrer in St. Andrä sowie Leiter des Stiftsmuseums, Anselm Kassin (51), Militärpfarrer von Kärnten, und Thomas Petutschnig (58), ehemaliger Direktor des Stiftsgymnasiums St. Paul sowie Pfarrer von Tainach.

Auch Cyprian Walter (31) und Nikodemus Witek (41) gehörten zur Gemeinschaft, beide hätten jedoch noch keine Gelübde auf Lebenszeit

("Ewige Profess") abgelegt, hieß es. Ihre Zeit in der Abtei dürfte sich dem Ende zuneigen: Ersterer wolle sich einer Einsiedelei in Niederbayern anschließen, der andere künftig als Diözesanpriester tätig sein, hieß es ergänzend dazu in der "Ganzen Woche" (24. April).

Einjährige Übergangszeit

Perkmann erklärte - wiederum in der "Kleinen Zeitung" -, der neu zu bestellende Administrator solle das Stift für eine Übergangszeit von "einem guten Jahr" führen. Das Fortbestehen der Mönchsgemeinschaft sehe er wegen der Fluktuation unter den Mitgliedern nicht gefährdet, gebe es doch "keine vorgegebene Größe für einen Konvent". Immer hänge dies vor Ort von den Aufgaben ab, die es zu erfüllen gebe. Die Personalsituation sei in seiner Ordensgemeinschaft generell "durchwachsen": "Viele beginnen ein Noviziat, haben Sehnsucht nach einem Leben im Kloster, bleiben aber nicht dabei", so der Benediktiner-Abtpräses und Abt von Stift Michaelbeuern.

Hinsichtlich der Hintergründe hieß es in der "Kleinen Zeitung", unter vorgehaltener Hand rede man davon, die jüngeren Mitbrüder seien zu freizügig mit dem Geld umgegangen, weshalb die älteren die Reißleine gezogen hätten. Kommentare in Sozialen Medien wollten einen "Konflikt zwischen den Generationen" sehen, wonach die "verkrusteten, diktatorischen Hierarchien von den alteingesessenen Geistlichen" die "junge Saat im Keim erstickt" hätten. In einem Leserbrief habe es gar geheißen, in der Gemeinschaft sei "offenbar der Wurm drinnen" - Meldungen, die

Perkmann zurückwies. "Diese Gerüchte bilden nicht die Wirklichkeit ab", so der Abtpräses.

Vielmehr verwies Perkmann darauf, dass Kollmann in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit die Leitung des Stiftes St. Paul innegehabt habe. Zudem würden Schuldzuweisungen niemandem etwas bringen. "Pater Marian hat ein großes Augenmerk darauf gelegt, das klösterliche Leben zu stärken, die Liturgie festlich zu gestalten, Begegnungsräume mit den Schülerinnen und Schülern zu schaffen und Impulse zur Nachhaltigkeit zu setzen. Dafür möchte ich ihm herzlich danken", hatte Perkmann bereits zum Zeitpunkt von Kollmanns Rücktrittserklärung betont. Der scheidende Administrator selbst hatte dabei angegeben, er sei in seiner Leitungsfunktion seit 2020 "sehr gefordert" gewesen durch die Corona-Pandemie, Sturmschäden an den Kirchen- und Klostergebäuden, die aktuelle Wirtschaftskrise und die schwierige personelle Situation.

"Ringens in jedem Kloster"

In der Kärntner Ausgabe der Zeitung "Die ganze Woche" (24. April) hieß es, das Stift habe zuletzt noch einen "jungen, frischen Anstrich" gehabt, wobei sich die Mönche in der Bevölkerung großer

Beliebtheit erfreut hätten. "Die Ordensgemeinschaft ist ein Teil der Identität der Menschen in St. Paul. Neuzugänge und andere positive Neuigkeiten werden gefeiert, Abgänge bedauert und rege diskutiert." Mehr Transparenz wäre angebracht, indem man auch bei negativen Ereignissen "nicht einfach die Öffentlichkeit im Unwissen" lasse und "hoffe, dass die Sache schon irgendwie vorübergehen wird".

Auch die "Woche" bat Abtpräses Perkmann um eine Stellungnahme und wurde angehalten, kein vorschnelles Urteil anhand von Gerüchten zu fällen, auch nicht über persönliche Entscheidungen der Mönche. In jedem Kloster gebe es derzeit ein "Ringens, wie man am besten in die Zukunft geht und wie man mit großen Herausforderungen, die das moderne Leben an ein Kloster stellt, umgeht". Die mehrjährige Erprobungszeit bei einem Ordenseintritt sei die Regel, wobei gelte: "Entscheidet sich derjenige doch, einen anderen Weg zu gehen, dann muss man ihm das auch zubilligen. Und es ist ja nicht gesagt, dass jene zwei Mönche, die sich eine Sabbatzeit nehmen, für uns für immer verloren sind." Jedenfalls sei die stärker gewordene Fluktuation auch ein "Spiegel der Gesellschaft".

OGH: Keine Heimopferrente nach Missbrauch im Zelt durch Priester

Höchstrichter entscheiden aufgrund des Vorfalls des Missbrauchs auf Lager statt in Heim

26.04.2024 (KAP-ID) Keine Heimopferrente hat der Oberste Gerichtshof (OGH) einem Mann zugesprochen, der als Kind von Priestern und seiner Adoptivmutter schwer misshandelt wurde. Als maßgeblich für die Entscheidung wurde laut einem Bericht des "Rechtspanorama" der "Presse" (22. April) genannt, dass der angeführte schwere Missbrauch nicht in einem Kinderheim, sondern auf einem Kinderlager stattfand, womit keine Basis für die Rente gegeben sei.

In 14-tägigen Zeltferien kam es wiederholt zu schwerstem Missbrauch des 1965 geborenen Kindes durch verschiedene Priester und weitere "katholische Aufsichtserwachsene". Als der damals zehnjährige Bub bei einer Zufallsbegegnung einem Gendarmeriebeamten von seinem Leid erzählte, wurde er auch noch von seiner Adoptivmutter verprügelt.

Der Mann beantragte nun wegen der damaligen Vorkommnisse eine Heimopferrente, die ihm 403 Euro zusätzlich zur Pension gebracht hätte. Während ihm die erste Instanz noch recht

gab, und das Zeltlager als "Urlaubsunterbringung" einer stationären Unterbringung einer kirchlichen Einrichtung gleichstellte, schlossen sich die beiden folgenden Instanzen der Argumentation der Pensionsversicherungsanstalt an.

Laut dem nunmehrigen Urteil des Oberlandesgericht Wien und OGH ist ein 14-tägiger Urlaub keine Fremdunterbringung, welche die Voraussetzung für die Bezugsberechtigung sei. Dazu komme: als die Mutter das Kind züchtigte, sei dieses nicht mehr in einer Pflegefamilie gewesen, weil es schon adoptiert war. Damit greife das Heimopferrentengesetz nicht, das für Anspruchsberechtigte als Voraussetzung die Unterbringung in einem Heim oder in einer Pflegefamilie vorsieht.

Zwar hob der OGH noch einmal die Leiden des Betroffenen hervor: "Dem Kläger ist uneingeschränkt darin zuzustimmen, dass er Gewalt von besonderer Intensität erlitt und ihm durch Angehörige der katholischen Kirche und durch die Adoptivmutter massives Unrecht

widerfuhr." Der Gesetzgeber grenze den Kreis der Heimopfer jedoch eng ein und stelle "auf kindliche und jugendliche Opfer von Gewalt ab, die solcher Gewalt im Rahmen einer regelmäßig länger dauernden Unterbringung in Fremdpflege, der sie sich nicht entziehen konnten, ausgesetzt waren".

Anspruchsberechtigt für die Rente sind laut dem Heimopferrentengesetz zum einen Personen, die wegen der im Heim oder in der Pflegefamilie erlittenen Gewalt bereits Entschädigungen erhalten haben und nun auch in der Pension noch einen Zuschuss erhalten sollen. Aber auch Personen, die noch gar keine Entschädigung bekamen, können die Rente verlangen.

Diskussionsbereitschaft für Novelle

Der aktuelle Fall wurde von mehreren Parteien zum Anlass genommen, um ein neues Gesetz einzufordern, wie die "Presse" (25. April) berichtete. Die FPÖ rief nach einer "ganzheitlichen und tiefgreifenden Lösung" angesichts des erfahrenen Leids, niemand in solch schwerer Situation dürfe "ohne Wiedergutmachung zurückgelassen werden", wie FP-Abgeordneter Christian Ragger gegenüber der Zeitung erklärte. Eine Nachschärfung sei insofern vonnöten, dass die Heimopferrente für alle Opfer gelte.

Diskussionsbereit zeigten sich in ihrer Stellungnahme die Grünen darüber, "welche Opfergruppen allenfalls Entschädigungen enthalten sollten, die vom Heimopferrenten-Gesetz nicht abgedeckt sind". Aber Opfer von Gewalt hätten prinzipiell Ansprüche nach dem Verbrechensofergesetz, etwa Psychotherapie, Pauschalentschä-

digung für Schmerzensgeld (für Taten ab Mitte 2009) und Verdienstentgang.

Die Neos verwiesen auf das 2017 einstimmig im Parlament beschlossene Gesetz, als man sich bereits Gedanken über die betroffene Zielgruppe gemacht und das Finden einer Definition versucht habe. Bereits 2018 war der Bezieherkreis erweitert worden, und man sei für eine Diskussion offen, falls es weiterhin zu schließende Lücken gebe.

Die SPÖ verwies darauf, dass das Heimopferrentengesetz für dauerhaft in Heimen bzw. Pflegefamilien untergebrachte Opfer konzipiert worden sei. Denkbar sei eine Änderung bei den Schmerzensgeldansprüchen, die man ja unabhängig von einer Rente geltend machen könne. Eventuell gelte es dabei hinsichtlich des Problems der Verjährung gesetzlich etwas nachzubessern - was freilich nur in künftigen Fällen helfen könne, wie es seitens der "Presse" hieß.

Keinen Kommentar gab es laut dem Bericht von der ÖVP zur Frage einer Ausweitung des Kreises der Heimopferrentenbezieher.

Keine Novelle sei auch seitens der Volksanwaltschaft gefordert worden. Man müsse nachvollziehen, dass der Gesetzgeber die Heimopferrente für im Heim untergebrachte Menschen vorgesehen hat, aber "eben nicht für Opfer von Gewalttaten im privaten Bereich", wurde Volksanwalt Bernhard Achitz zitiert. Und unabhängig davon "zahlen viele Träger wie Länder oder Kirchen Pauschalentschädigungen an Menschen, die als Kind in ihren Einrichtungen missbraucht wurden".

Generationenvergleich zeigt massiven Vertrauensverlust der Kirche

Nur Banken verloren seit 1994 noch mehr Ansehen in der Bevölkerung - Pfarrer werden in Österreich derzeit von 11 Prozent als vertrauenswürdig eingestuft

26.04.2024 (KAP-ID) Einen großen Vertrauensverlust für die katholische Kirche innerhalb einer Generation hat das Meinungsforschungsinstitut Market ermittelt. In einem aktuellen Vergleich des Vertrauens in einzelne Branchen und Wirtschaftszweige gaben 11 Prozent der Befragten an, Pfarrer erschienen ihnen als besonders vertrauenswürdig. 1994 war dieser Wert mit 36 Prozent im Vergleich noch einer der höchsten gewesen, womit die Kirche nach den Banken - die von 41 auf 14 Prozent abrutschten - den zweitgrößten

Verlust innerhalb der abgefragten Kategorien verbuchte.

Der bekundete Zweifel an den Pfarrern wuchs im gleichen Zeitraum, wenngleich nicht im selben Ausmaß: 1994 hatten 16 Prozent der Befragten angegeben, sie hielten diese Personengruppe für "gefühlsmäßig eher weniger vertrauenswürdig", während 23 Prozent dies im Jahr 2024 angaben.

Die Umfrage war Teil der Reihe "Eine Generation später", die durch den Jahrzehntvergleich Verschiebungen im Wertgefüge der

Gesellschaft darstellen will. Prof. Werner Beutelmeyer vom Market institut hob hervor, dass der Vergleich eine "generelle Trendverschiebung in Richtung Misstrauen" aufzeige. Fast alle Branchen und Gesellschaftsbereiche seien von dieser Entwicklung zu einer "Misstrauenskultur" betroffen. "Vertrauen ist rar geworden, nicht nur in Politik und Wirtschaft."

Die höchsten Vertrauenswerte erzielen innerhalb der abgefragten Gruppen nach wie vor Ärzte, wobei auch hier die Zustimmung von 54 auf 46 Prozent geschrumpft ist. Massive Einbrü-

che gab es auch im Baugewerbe oder bei Firmen, die Altstoffe verarbeiten, wobei die 1994 als Schlusslicht rangierenden Journalisten (7 Prozent) um immerhin ein Prozent zulegen konnten, jedoch weiterhin hinter den Priestern liegen.

Gegen den Trend fielen die Vertrauenswerte bei den Polizisten aus: Mit 45 Prozent statt zuvor 38 liegen sie nunmehr an zweiter Stelle knapp hinter den Medizinern. (Link zur Reihe: www.market.at/newsroom/eine-generation-spaeter-die-misstrauensgesellschaft-wird-sichtbar)

Ordensfrau: Romnija besonders oft Opfer von Menschenhandel

Sr. Mayrhofer: 48 der 50 von "Solwodi" betreuten ungarischen Prostituierten in Wien sind Angehörige der Roma - Erneutes Pochen auf Gesetz für Freierbestrafung

26.04.2024 (KAP-ID) Auf das wenig beachtete Leid vieler Frauen aus der Volksgruppe der Roma und Sinti, die in Österreich und anderen westeuropäischen Ländern als Prostituierte ausgebeutet werden, hat die Ordensfrau Anna Mayrhofer von "Solwodi" hingewiesen. 48 der 50 ungarischen Prostituierten, die in Wien von der von Orden getragenen Hilfseinrichtung betreut werden, zählen zur Volksgruppe der Roma, erklärte die Salvatorianerin am 23. April in Wien. Anlass war die Buchpräsentation von "Verkaufte Menschen" des Autors und ehemaligen Kriminalkommissars Manfred Paulus.

Romnija würden gleich mehrfach diskriminiert, sagte Mayrhofer gegenüber der Ö1-Sendung "Religion aktuell" (24. April). Zwei Gründe spielten dabei besonders mit. "Ich höre oft: Mir hilft niemand, weil ich eine Zigeunerin bin. Mit spielt dabei diese Marginalisierung einer ganzen Volksgruppe, und auch die Armut, in der sie leben", so die Ordensfrau, deren Organisation unter anderem Schutzwohnungen für Opfer von Menschenhandel und sexueller Gewalt betreibt. Europaweit seien zigtausende Frauen dieser besonders vulnerablen Gruppe der Romnija infolge von Menschenhandel in der Prostitution tätig.

Über weitere Hintergründe informierte der Buchautor und Ex-Kommissar Paulus. Die Anwerbung für die Prostitution geschehe "gezielt dort, wo Menschen arm sind", weshalb Minderheiten wie die Romnija besonders häufig Opfer des Menschenhandels würden. Besonders in Ländern wie Moldawien und Rumänien würden die Vermittler suchen, "dort, wo es Perspektivlosigkeit gibt und riesige Roma-Ghettosiedlungen".

Ebenfalls am Podium der Buchpräsentation saß Viktoria Kriehbauer von der NGO "Terre des Femmes", die scharfe Kritik an jenen äußerte, die den Kampf gegen Prostitution von jenem gegen Frauenhandel zu trennen versuchten. Dies sei "lächerlich", sei es doch auch Erfahrung der Polizei, "dass Menschenhandel und Prostitution siamesische Zwillinge sind".

Auch einen Appell an die Politik formulierten die drei Experten der Runde: Auch Österreich möge endlich das sogenannte "nordische Modell" einführen, für das sich Solwodi schon seit Jahren vehement einsetzt. Grundsätze sind dabei die Bestrafung von Freiern, während die in der Prostitution beschäftigten Frauen straffrei gehen - um ihnen stattdessen "effektive Ausstiegshilfen" anbieten zu können, wie es hieß.

Immer mehr Konfessionslose in der Schweiz

Das Nachbarland verstädtert seit 100 Jahren - Eine neue Tendenz dabei ist der wachsende Anteil von Menschen ohne Religionszugehörigkeit

26.04.2024 (KAP-ID) Mit der langfristigen Entwicklung der Verstädterung wächst in der

Schweiz auch der Anteil von Menschen ohne Religionszugehörigkeit. Das berichtete das Portal

"kath.ch" (25. April) unter Berufung auf die neueste Ausgabe der "Statistik der Schweizer Städte". Seit dem Jahr 2000 nehme der Anteil der Personen ohne Religionszugehörigkeit stark zu, teilte das Bundesamt für Statistik mit. In den Städten gebe inzwischen rund ein Drittel an, keiner Religion anzugehören.

"Der Abwärtstrend betrifft alle Religionszugehörigkeiten und ist bei den Evangelisch-Reformierten am stärksten", hieß es weiter. Die Zahlen spiegeln die Zeit von 2000 bis 2022. Demnach beläuft sich die Abnahme in manchen Schweizer

Städten auf jeweils über 70 Prozent, etwa in der Zürcher Flughafenregion.

"Vor 100 Jahren lebte ein Drittel der Schweizer Bevölkerung im städtischen Raum; heute sind es drei Viertel", so ein Befund. Die Abnahme der Religionszugehörigkeit wird mit dieser Entwicklung erklärt. Städte seien globalisierte Orte, die den gesellschaftlichen Wandel antreiben, hieß es. Dies spiegele sich etwa in einer Zwei- und Mehrsprachigkeit der Bevölkerung oder einer zunehmenden Säkularisierung wider.

Italien erlaubt Lebensschützern Zutritt zu Abtreibungskliniken

Organisationen "die Mutterschaft unterstützen" sollen Frauen in Kliniken von Schwangerschaftsabbrüchen abhalten - Unterstützung der katholischen Kirche

26.04.2024 (KAP-ID) Italiens Senat hat am 23. April dem Vorhaben der Regierung Meloni zugestimmt, wonach Organisationen, die "Mutterschaft unterstützen" in Abtreibungskliniken zugelassen werden sollen, um Frauen von Schwangerschaftsabbrüchen abzuhalten. Die Partei Brüder Italiens von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni baute den Plan in einen Änderungsantrag zu einem Gesetzentwurf über einen Konjunkturplan nach der Pandemie ein, der auch Maßnahmen zum Gesundheitswesen enthält.

Der Senat billigte den Gesetzentwurf, der Abtreibungsgegnern Zutritt zu öffentlich betriebenen Familienberatungsstellen ermöglicht, mit 95 zu 68 Stimmen im Rahmen eines Vertrauensvotums. Die Abgeordnetenkammer hatte in der vergangenen Woche bereits grünes Licht für den Plan gegeben und damit heftige Kritik der Oppositionsparteien ausgelöst, die das Gesetz als Angriff auf die seit 1978 geltenden Abtreibungsrechte bezeichneten.

Familienberatungsstellen, die Teil des öffentlichen Gesundheitswesens sind, bieten Frauen Unterstützung und Dienstleistungen in den Bereichen sexuelle Gesundheit, Schwangerschaft und Mutterschaft, einschließlich medizinischer Beratung. Melonis Partei erklärte, die neue Bestimmung ziele nur darauf ab, Frauen eine Bedenkzeit zu geben, bevor sie eine endgültige Entscheidung über ihre Schwangerschaft treffen, und greife nicht in ihre Rechte ein.

Ein Gesetz aus dem Jahr 1978 erlaubt Abtreibung in den ersten 90 Tagen der Schwangerschaft. Zahlreiche katholische Ärzte in den

Krankenhäusern lehnen es allerdings ab, eine Abtreibung durchzuführen; Berichten zufolge sind es in vielen Regionen 80 bzw. 90 Prozent der Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche verweigern. Meloni wiederholte zuletzt, dass sie das Abtreibungsgesetz zwar nicht ändern werde, aber klar machen wolle, dass es "Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch" gebe.

Kritik aus Opposition, Lob aus dem Vatikan

Die Billigung des Plans löste einerseits Proteste aus. "Die Regierung Meloni geht ihren Weg weiter und lässt militante Abtreibungsgegner bei den Beratungsstellen zu, was die Anwendung des Gesetzes 194 noch schwieriger macht. Italien ähnelt immer mehr Orbáns Ungarn als den europäischen Demokratien", kritisierte die Senatorin der Südtiroler Volkspartei (SVP), Julia Unterberger, in einer Presseaussendung.

Hingegen betonte der Verband "Pro Vita & Famiglia", der sich gegen den Schwangerschaftsabbruch in Italien einsetzt, dass die Beratungsstellen "zu ihrer ursprünglichen Funktion" zurückkehren sollten, nämlich Frauen eine Alternative zur Abtreibung zu bieten.

Rückhalt bekamen die Lebensschützer auch aus dem Vatikan: Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin sprach laut der Ö1-Sendung "Religion aktuell" (24. April) noch vor der Abstimmung vor Journalisten von einer "bedeutenden Reform des Gesetzes 194". Für die katholische Kirche sei klar: "Wir sind für das Leben und für alle Instrumente, die das Recht auf Leben bekräftigen können, besonders für Frauen in Schwierigkeiten."

Italien gilt als eines der Länder mit der niedrigsten Geburtenrate weltweit. 2023 gab es in dem Land den elften Negativrekord in Folge mit nunmehr von 379.000 Geburten, nachdem es 2008

noch rund 577.000 pro Jahr gewesen waren. Die zusammengefasste Geburtenziffer bewegt sich derzeit bei 1,2 Kindern pro Frau.

Spaniens Songcontest-Beitrag mit Titel "Schlampe" sorgt für Empörung

Musik-Duo Nebulossa will mit eigenwilligem Song beim ESC-Finale antreten, doch fühlen sich nicht alle im Land würdig vertreten und fragen: Ist das noch Feminismus? - Von Manuel Meyer

26.04.2024 (KAP-ID) Es kommt nicht oft vor, dass sich Vertreter der katholischen Kirche zu Liedern des Eurovision Song Contest (ESC) zu Wort melden. Auch nicht in Spanien. Doch derzeit polarisiert der ESC-Beitrag "Zorra" das ganze Land. Am 11. Mai soll das Künstlerduo Nebulossa Spanien im Finale des populären europäischen Songwettbewerbs im schwedischen Malmö vertreten. Doch das gefällt nicht jedem.

Der Grund: "Zorra" bedeutet im Spanischen eigentlich "Füchsin", wird aber vor allem abwertend im Sinne von "Schlampe" oder "Nutte" benutzt. In ihrem Elektro-Pop-Song im 80er-Jahre-Stil will Nebulossa, bestehend aus dem Ehepaar Maria Bas und Mark Dasousa, die Bedeutung des Schimpfwortes umkehren und ihm eine positive Bedeutung verleihen.

In dem Lied geht es um feministische Selbstermächtigung; um starke, emanzipierte, unabhängige Frauen, die niemandem eine Erklärung schuldig sind; die einfach machen, was sie wollen. Und wenn solche Frauen als "Schlampen" bezeichnet werden, dann sollten sie eben stolz darauf sein. So zumindest die Botschaft von "Zorra".

Demütigung oder Hymne

Ob das Feminismus ist oder das genaue Gegenteil davon - diese Frage spaltet die spanische Gesellschaft. Jose Ignacio Munilla, Bischof der Mittelmeerregion Alicante, ist überzeugt, dass viele sensible Menschen schockiert sind über den Song. Er lehne es ab, dass die Reaktion auf die Demütigung von Frauen darin bestehe, "diese Demütigung auf sich zu nehmen und sogar noch stolz drauf zu sein". Tatsächlich gibt es viele Politikerinnen der Sozialisten, die ähnlich fühlen wie der Bischof. Sie äußerten öffentlich ihren Unmut, obwohl ihr Chef, Ministerpräsident Pedro Sanchez, den Song jüngst als Beispiel dafür lobte, dass Feminismus auch "unterhaltsam" sein könne.

Die Kritiker indes wollen nicht glauben, dass sich feministische Bewegungen durch das Lied angemessen repräsentiert sehen. Tun sie auch nicht. Den Text als feministisch zu bezeichnen, sei eine Beleidigung des gesunden Menschenverstands, meint Jana Bravo, Aktivistin des Madrider Verbands für Frauenrechte MFM. Die "Banalisierung eines machistischen Schimpfwortes kann nicht der Weg sein, um Frauenrechte und Selbstverwirklichung einzufordern", so Bravo.

Bereits am 8. März nahmen viele Frauengruppen in Madrid bei Demos zum Internationalen Weltfrauentag Bezug auf den polarisierenden ESC-Beitrag. Viele Plakate trugen die Aufschrift "Bevor er sie tötete, nannte er sie Schlampe". Auf anderen Bannern stand "Weder Schlampe noch unterwürfig".

Frauenrechtlerin Bravo betont: "Wir können Zigtausenden Mädchen in Spanien und Europa beim ESC-Finale doch nicht ernsthaft vermitteln, dass sie sich selbst stolz als Schlampe bezeichnen sollen." Binnen weniger Stunden sammelte ihr Verband mehr als 1.500 Protestunterschriften, die man der Rundfunkanstalt RTVE mit der Bitte vorlegte, den "Schlampen"-Song aus dem Wettbewerb zurückzuziehen. Der Bitte wurde nicht entsprochen. In der Folge trat die Gleichstellungsbeauftragte des öffentlichen Rundfunks, Montserrat Boix, aus Protest zurück.

Kein ESC-Beitrag hat in den vergangenen Jahren in Spanien für solch hitzige Debatten gesorgt wie "Zorra". Aber Tatsache ist - trotz aller Kritik: Ein großer Teil der Bevölkerung ist begeistert von dem Song. Im Streamingdienst Spotify wurde er schon 14,3 Millionen Mal abgespielt. Mit seinem eingängigen, leicht mitzusingenden Text entwickelte sich das Lied blitzschnell zur neuen Hymne der Homosexuellen-Szene. Inzwischen läuft es in allen Radioprogrammen und Clubs rauf und runter.

Was christliche Nationalisten für eine zweite Trump-Ära planen

Mit dem "Projekt 2025" präsentieren militante Gläubige eine Blaupause zum Umbau der Vereinigten Staaten in Richtung einer christlichen Nation - Von Thomas Spang

26.04.2024 (KAP-ID) Russell Vought sieht sich und die Christenheit in Amerika als Opfer. Folgt man dem Narrativ des ehemaligen Haushaltsdirektors im Weißen Haus, werden Gläubige in den USA diskriminiert, ihre Werte aus dem öffentlichen Leben verbannt. Das steht aus Sicht des Chefs des Trump-nahen "Center for Renewing America" (dt.: Zentrum zur Erneuerung Amerikas) im klaren Widerspruch zu den Gründungswerten der USA.

So sehen das auch andere Gruppen, wie die weit nach rechts gerückte Denkfabrik Heritage Foundation, die sich im "Projekt 2025" zusammengeschlossen haben. Dabei herausgekommen ist eine rund 1.000 Seiten lange Blaupause für den Umbau des Landes. "An Tag eins kommt die Abrissbirne", sagt Vought, der als Anwärter für das Amt des Stabschefs bei einer möglichen Rückkehr Trumps ins Weiße Haus im Gespräch ist.

Er steht für eine Agenda, deren Herzstück die Errichtung einer christlichen Nation ist. Dazu gehören das Ende der Trennung von Religion und Staat, die Förderung einer gesellschaftlichen Kultur, die von Christen dominiert wird, und eine Rückkehr traditioneller Werte. Als Einwanderer willkommen sind demnach nur Personen, die "Israels Gott, seine Gesetze und sein Geschichtsverständnis akzeptieren".

Laut Recherchen von "Politico" könnte Vought in eine Schlüsselposition gelangen, die es ihm erlauben würde, Teile des "Projekts 2025" tatsächlich umzusetzen. Das Portal stützt sich auf zwei Insider, die anonym über die Umbauziele sprechen. Trumps Wahlkampfteam dementiert die Aussagen.

Vought und seine Mitstreiter wollen den Bedeutungsverlust traditioneller Werte im Land rückgängig machen. Dabei gibt es erhebliche Schnittmengen zwischen traditionellen Evangelikalen und christlichen Nationalisten; etwa beim Streben nach einem weitreichenden Abtreibungsverbot, dem Stopp der gleichgeschlechtlichen Ehe und Restriktionen bei Genderlehre und Sexualaufklärung.

Alabama und Florida als Vorbote?

Wie weit solche Ideen in republikanisch geführten Bundesstaaten schon gediehen sind, zeigt das Beispiel Alabamas. Dort fällt das Oberste Gericht vor einigen Wochen ein Urteil zur künstlichen Befruchtung, das selbst vielen altgedienten Konservativen zu weit ging. Darin sprach der Supreme Court eingefrorenen Embryonen Persönlichkeitsrechte zu. Ihre Zerstörung ist demnach verboten und kann bestraft werden. In der Urteilsbegründung führte das Gericht auch theologische Argumente an.

Der Religionswissenschaftler Matthew Taylor sieht einen wesentlichen Unterschied zwischen der alten und der neuen christlichen Rechten im Verhältnis zur Demokratie. Während sich Evangelikale an die demokratischen Spielregeln hielten, hätten die immer einflussreicher werdenden christlichen Nationalisten eine kriegerische Sichtweise. "Es gibt tektonische Veränderungen im religiös-rechten Lager", so Taylor.

Die neue Radikalität drückt sich in veränderten Zielen aus, die in das "Projekt 2025" Einzug gehalten haben - und in Staaten wie Florida bereits Realität geworden sind. Etwa bei Einschränkungen im Schulunterricht.

Strategen wie Vought raten Trump, bereits am Tag der Amtseinführung vom "Insurrection Act" Gebrauch zu machen. Das Aufstandsgesetz aus dem Jahr 1807 gibt dem US-Präsidenten die Befugnis, die Streitkräfte innerhalb der Vereinigten Staaten zur Bekämpfung von Aufständen einzusetzen. So könnten mögliche Proteste gegen radikale Reformen unterbunden werden.

Neuere Umfragen belegen, dass die Sympathien für christlich-nationales Denken in den vergangenen Jahren gestiegen sind. Nach Angaben des Public Religion Research Institute bekennen sich inzwischen drei von zehn US-Amerikanern dazu. Und etwa die Hälfte der erwachsenen US-Bürger zeigt sich offen dafür, dass die Bibel einen gewissen Einfluss auf amerikanische Gesetze haben sollte.

25 Jahre Columbine-Massaker: Überlebende wurde Ordensfrau

Die damals 16 Jahre alte Jenica Thornby kam wie durch ein Wunder nicht zu Schaden und lebt heute als Sr. Mary Gianna in Texas - Amokläufe sind in den USA alltäglich

26.04.2024 (KAP-ID) Der 20. April 1999 markiert ein traumatisierendes Ereignis in der neueren Geschichte der USA: Das Massaker an der Columbine High School in Littleton, einem Vorort von Denver, bei dem zwei Abschlussklässler innerhalb einer Stunde zwölf Schülerinnen und Schüler, einen Lehrer und schließlich sich selbst erschossen und weitere 24 Menschen verletzen. Nicht zu Schaden kam wie durch ein Wunder die damals 16 Jahre alte Jenica Thornby, heute als Sr. Mary Gianna Mitglied der Jünger des Herrn Jesus Christus in Prayer Town, Texas. Was ihr vor 25 Jahren widerfuhr, schilderte die Ordensfrau im katholischen Nachrichtenkanal ewtnnews.com.

"Es verging kein Tag, an dem ich nicht in die Bibliothek ging", erinnerte sich Sr. Mary Gianna an ihr Schulleben, "außer an einem Tag" - dem 20. April. Sie habe gerade am Kunstunterricht teilgenommen, "als ich plötzlich diesen überwältigenden Drang verspürte, die Schule zu verlassen". Sie habe auf keinen Fall bleiben wollen und eine Freundin überredet, mit ihr den Campus zu verlassen. Die beiden wollten die Schule in Jenica Thornbys neuem Wagen verlassen, mit dem sie an diesem Tag zum ersten Mal zur Schule gefahren war.

"In dem Moment, als wir das Auto anließen und den Parkplatz verließen, schaute ich in den Rückspiegel und sah, wie Hunderte von Mitschülern aus der Schule rannten, und wir hatten keine Ahnung, was passiert war", schilderte sie. "Wenn ich zurückdenke, wusste ich, dass das etwas war, das über mich hinausging", sagt die Ordensschwester heute. Am Tag des Massakers erfuhr sie, dass zehn der zwölf getöteten Schüler in der Bibliothek waren. Sie hörte, wie ein Erwachsener sagte, dass Gott einen Plan für ihr Leben haben müsse.

"Warum hast du mir erlaubt zu überleben?"

Ein Jahr nach den Schießereien lud ein Freund Thornby, die ohne Glauben aufgewachsen war, in die örtliche katholische Kirche ein. Später besuchte sie die Franciscan University of Steubenville, Ohio, und wurde 2002 mit 19 Jahren Mitglied der katholischen Kirche. Nach dem College leistete sie Missionsarbeit und nahm eines Tages ein Buch von P. Benedict Groeschel in die Hand.

Darin hieß es: "Anstatt Gott zu fragen, warum etwas passiert ist, frage Gott, was soll ich tun?" Das sei der Anstoß für ein Leben als Ordensschwester gewesen. "Ich hatte den Drang zu gehen", blickt Sr. Mary Gianna auf den Tag vor 25 Jahren zurück. Davon habe sie Gott im Gebet erzählt. "Ich habe mich gefragt: Warum hast du mir erlaubt zu überleben?"

Der Amoklauf in der Columbine High School war durch den 18-jährigen Eric Harris und den 17-jährigen Dylan Klebold monatelang vorbereitet worden und sollte eigentlich noch weit verheerender ausfallen. Er war als Bombenanschlag auf ihre Schule geplant und sollte mehrere hundert Menschen töten. Aufgrund eines technischen Fehlers explodierten die von den jugendlichen Tätern zu diesem Zweck in der Schulcafeteria platzierten Bomben jedoch nicht, weshalb sie ihren Plan spontan änderten und begannen, auf ihre Mitschüler zu schießen.

Land der unbegrenzten Amokläufe

Das Columbine-Massaker war damals die tödlichste Schießerei an einer "K-12-Schule" (die vom Kindergarten bis zum 12. Schuljahr reicht, Anm.) in der Geschichte der USA. Die Tat im April 1999 generierte in den Staaten größeres öffentliches Interesse als die US-Präsidentschaftswahlen in den Jahren 1992 und 1996 oder der Tod von Lady Diana (1997), das Hamburger Magazin "Spiegel" wertete sie als "die Mutter aller Schulmassaker". Die freilich viele mörderische Nachkommen gebar: Auf Wikipedia findet sich eine erschreckend lange Liste von dort erfolgten Amokläufen an Bildungseinrichtungen (https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Amokl%C3%A4ufen_an_Bildungseinrichtungen#Vereinigte_Staaten_USA), gerade in den letzten Jahren der politischen Polarisierung haben "Mass Shootings" - bei denen zumindest vier Menschen durch Schusswaffen getötet oder verletzt werden - noch einmal stark zugenommen: 610 im Jahr 2020, 689 (2021), 646 (2022) und 656 im vergangenen Jahr 2023 (Quelle: <https://de.statista.com>). Das bedeutet: durchschnittlich fast zwei Schusswaffenexzesse in den USA.

Doch für strengere Waffengesetze fehlt in den USA der politische Wille, die National Rifle

Association ist enorm mächtig. Kathpress-Meldungen wie jene vom Mai 2022 werden somit nicht die letzten dieser Ausrichtung sein: "Mit Entsetzen reagieren die katholischen Bischöfe in den Vereinigten Staaten auf das Massaker an einer Volksschule im Bundesstaat Texas. 'Es hat zu viele Schießereien an Schulen gegeben, zu viele Tötungen von Unschuldigen', sagte Bischofskon-

ferenz-Sprecherin Chieko Noguchi." Ihre damalige Aufforderung blieb folgenlos, jeder US-Bürger müsse in sich gehen "und nach Wegen suchen, wie wir mehr tun können, um diese Epidemie des Bösen und der Gewalt zu verstehen, und unsere gewählten Vertreter anflehen, uns beim Handeln zu helfen".

"Spielmann Gottes": Kirche feiert Heiligen Philipp Neri

Ein Mystiker mit ganz besonderem Charme - Von Sr. Kerstin-Marie Berretz OP

26.04.2024 (KAP-ID) Im Mai feiert die katholische Kirche den heiligen Philipp Neri. Er ist ein Heiliger, dessen Biografie auf den ersten Blick nicht unbedingt an einen Heiligen erinnern mag. Denn er wird auch als der "Spielmann Gottes" oder "Narren um Christi willen" bezeichnet. Allerdings war Philipp Neri nicht nur ein lachender Heiliger, sondern auch Mystiker und Gründer einer Ordensgemeinschaft.

Geboren wurde er 1515 in Florenz und besuchte dort die Schule der Dominikaner. Im Alter von 16 Jahren kam Philipp zu einem kinderlosen Onkel, bei dem er eine Art kaufmännische Lehre machte und später einmal sein Gewerbe erben sollte. Dieser Verwandte lebte in der Nähe der Benediktiner von Montecassino, deshalb hatte der junge Mann die Gelegenheit, viel Zeit im Mutterkloster der Benediktiner zu verbringen. Dies brachte ihm das Ideal des Einsiedlerlebens nahe. So entschied sich Philipp, seinen Onkel zu verlassen und das Erbe auszuschlagen. Stattdessen ging er nach Rom, wo er 16 Jahre als Hauslehrer bei einem Florentiner Adeligen tätig war. In dieser Zeit studierte er Theologie und Philosophie bei den Augustinern und lernte Ignatius von Loyola, den Gründer des Jesuitenordens kennen.

In Rom wurde der Heilige auch bewegt vom Schicksal der Armen und Kranken, der Gefangenen und in Not geratenen Pilgern, so dass er alle seine Bücher verkaufte und den Erlös den Armen gab. Er suchte den Kontakt zu den Menschen auf der Straße und führte heitere, witzige und schlagfertige Gespräche - mit Straßenkindern und einfachen Leuten ebenso wie mit Kaufleuten und Künstlern.

Philipp Neri war aber nicht nur auf den Straßen der Stadt unterwegs. Über ihn wird auch gesagt, dass er ein Mystiker war, der im Gebet in den Katakomben von San Sebastian zu Pfingsten

1544 erlebte, dass sich sein Herz so stark wölbte, dass zwei Rippen brachen, ohne dabei Schmerzen zu haben. Er deutete die Erfahrung so, dass die Liebe Gottes wie eine feurige Kugel von ihm Besitz ergriffen habe.

1548 gründete der Heilige eine Gesellschaft zur Betreuung von bedürftigen Rom-Pilgern, Kranken und Armen. Im Jahr 1551 wurde er zum Priester geweiht und wurde Seelsorger der Bruderschaft San Girolamo della Carita. Mit den Brüdern traf er sich abends im Oratorium - einem Gebetsraum - zum Beten, Bibelgespräch und Singen. Aus diesen Treffen entstand im Jahr 1552 die Kongregation der Oratorianer, die 1575 vom Papst bestätigt wurde. Philipp Neri hatte Zeit seines Lebens ein offenes Ohr für junge Menschen, besuchte Kranke und kümmerte sich um arme und verwahrloste Kinder und Jugendliche. 1595 starb der Heilige. Zu seiner Beisetzung kam eine unübersehbare Menschenmenge, was zeigt, wie beliebt er in Rom war. Dort sind in der Chiesa Nuova bis heute seine Gebeine zu finden.

Facettenreicher Heiliger

Auf einen so facettenreichen Heiligen wie Philipp Neri lohnt auch heute ein genauere Blick. Er ist offen, lässt sich inspirieren von verschiedenen Traditionen und Ordensgemeinschaften, um dann seinen eigenen Weg und seine eigene Weise des Betens zu entwickeln. Das kann auch uns heute ermutigen, einen ganz persönlichen Gebetsstil zu pflegen.

Seine Fröhlichkeit zeigt, dass das Evangelium wirklich eine Frohe Botschaft ist und dass das Leben als Christ - bei allen Herausforderungen, die es damals gab und heute gibt - froh machen kann. Gleichzeitig können wir von Philipp Neri lernen, dass Fröhlichkeit und Witz nicht Oberflächlichkeit bedeutet. Es ist auch heute

möglich, sich um die Welt zu sorgen und froh zu sein. Vielleicht ermöglichte der besondere Charme es dem Heiligen auch, mit ganz verschiedenen Menschen in Kontakt zu kommen und ihnen so Hilfe anbieten zu können.

Für uns heute kann das die Anregung sein, immer wieder zu schauen, wie wir mit anderen Menschen in Kontakt kommen können. Das mag, wie bei Philipp Neri, über die Musik

oder einen Spaß möglich sein, bestimmt aber auch über andere gemeinsame Interessen.

Ebenso zeigt das Leben des Heiligen, dass Gebet und Fürsorge für die Menschen sich nicht ausschließen. Vielmehr hat es den Anschein, als gehörte für Philipp Neri beides zusammen. So können auch für uns heute Aktion und Kontemplation eine Einheit bilden. Und manches im Leben lässt sich auch heute noch leichter ertragen mit einem Lied auf den Lippen.

P R E S S E S C H A U

Schönborn-Nachfolge: Krautwaschl für "Krone" heimlicher Aufsteiger

Heiße Phase bei der Suche für Wiener Bischofs-Nachbesetzung - Zeitung sieht Elbs an Top-Position, Glettler "in Ungnade" gefallen - Entscheidung über Grazer Weihbischof noch 2024

26.04.2024 (KAP-ID) Angesichts des im Jänner 2025 anstehenden 80. Geburtstags von Kardinal Christoph Schönborn hat nicht nur dessen Mitwirkung an Papstwahlen, sondern auch sein Amt an der Spitze der Erzdiözese Wien ein Ablaufdatum: Wie mit Papst Franziskus vereinbart, stehe zu diesem Zeitpunkt sein Abtritt mit Übergabe an einen Nachfolger an. Wer dies sein könnte, gehört schon seit Schönborns 75er zu den Lieblingsspekulationen der heimischen Zeitungen. Aufhören ließ hier zuletzt die Steiermark-"Krone" (21. April) mit dem Titel: "Geheimplan: Krautwaschl könnte Schönborn nachfolgen", sowie "Unser Bischof ist Favorit für Wien".

Der Zeitung seien die "geheimen Pläne der Kirche bekannt", hieß es, offenbar auf Basis von Erkundigungen, die der Päpstliche Nuntius in der Diözese Graz-Seckau bei der Suche nach einem geeigneten Nachfolger für Schönborn eingeholt haben soll. Der steirische Bischof Wilhelm Krautwaschl habe dabei "plötzlich gute Karten": Lange Zeit hätten die Kirchenoberen ihn - dem Amtionnen auf das Amt des Erzbischofs nachgesagt würden - als in Graz gut aufgehoben gesehen. Inzwischen habe er sich jedoch "zum heimlichen Aufsteiger gemausert", denn: "Er gilt als modern, liberal und spricht dank seiner Affinität zu sozialen Medien die Sprache der Jugend", so ein Insider.

Trotz Krautwaschls "guten Karten" sieht die "Krone" dennoch einen anderen Amtskollegen als am höchsten im Kurs: Der Feldkirche Bischof Benno Elbs, derzeit auch Interimbischof in

der Diözese Vaduz, sei Administrator in Gurk-Klagenfurt gewesen und gelte in Rom als "sehr gut angeschrieben". In "Ungnade" sei dagegen der bisherige Favorit Hermann Glettler gefallen. Der aus Übelbach stammende Bischof von Tirol habe "religiöse Gefühle verletzt" durch ein Innsbrucker Fastentuch, mit dem im Vorjahr ein eingeschnürtes Schweineherz abgebildet gewesen sei, hieß es.

Krautwaschl selbst war im Osterinterview der "Kleinen Zeitung" (30. März) auf das Thema diskret angesprochen worden, wahrte jedoch das Pokerface: Auf den Versuch des Journalisten "Wer folgt Kardinal Schönborn als Erzbischof von Wien nach?" folgte sein diplomatisches "Der Kardinal wird nächstes Jahr 80, da wird es wohl um diese Zeit etwas geben. Nach der Synode." Zur Frage, wann der Weihbischof für Graz-Seckau kommen werde, um welchen er vor eineinhalb Jahren in Rom angesucht habe, erklärte der Diözesanbischof, bei einer Begegnung mit Papst Franziskus wenige Tage vor dem Interview habe dieser es ihm noch nicht gesagt.

In der Steiermark-"Krone" drei Wochen später gab es zu dieser Frage bereits Näheres: Noch heuer solle die Entscheidung fallen, wer nächster Weihbischof der Steiermark - ein seit 2013 vakanter Posten - werde. In der Diözese wünsche man sich Stefan Ulz, den Leiter des Seelsorgeraumes Graz-Südost. Sein großer Vorteil sei, dass er den aktuellen Kongress zur Priesterfortbildung im Vatikan maßgeblich mitorganisiert habe, hieß es.

Kirchenzeitungen: Flüchtlingskinder "Chance für Österreich"

Kooperationsredaktions-Leiterin Slouk über Familiennachzug: Neuankommenden Familien Chancen auf eigenen Verdienst geben, um Integration zu erleichtern - "Furche" greift Debatte um Wohnsitzauflage auf

26.04.2024 (KAP-ID) Für einen positiven Blick auf die derzeit im Rahmen des Familiennachzugs in hoher Zahl nach Österreich kommenden syrischen Kinder werben die österreichischen Kirchenzeitungen. Jeder dritte Asylantrag seit Jahresbeginn kommt von einem Kind unter acht Jahren. Diese Gruppe sei "eine Chance für Österreich" und "voller Möglichkeiten", schrieb die Leiterin der Kirchenzeitungs-Kooperationsredaktion, Monika Slouk, in ihrer Kolumne der Ausgaben vom 24. April. Um die Chance zu nutzen, sei sowohl das Interesse der Neuankömmlinge als auch eine "Umgebung, die ihnen nicht im Weg steht" vonnöten, so die Journalistin und Theologin.

Im Jänner waren in Österreich laut einer Anfragebeantwortung 845 Asylanträge - mehr als doppelt so viele als im Vorjahresmonat - unter dem Titel Familiennachzug gestellt worden, davon 782 von Familienangehörigen aus Syrien. Im Jahr 2023 waren von den insgesamt 9.180 davon betroffenen Personen 3.482 Kinder zwischen 0 und sechs Jahren, in der schulpflichtigen Gruppe der Sieben- bis 13-Jährigen gab es 2.282 Antragsteller, während 2.800 über 18 Jahre alt waren. Der starke Anstieg kam zustande, weil es in den vergangenen Jahren zu einer Verzögerung bei der Zuerkennung von Asyltiteln chancenreicher Gruppen wie etwa der Syrer gekommen war. Berichten des Wiener Bildungsstadtrates zufolge waren im März 350 per Familiennachzug gekommene Kinder in den Wiener Schulen aufgenommen worden.

"Jene Politiker, die in den letzten Jahren beklagten, dass viele alleinstehende Männer um Asyl ansuchten, klagen jetzt, dass Familien nachkommen", bemerkte Slouk in ihrem Kommentar angesichts von Forderungen der FPÖ und auch ÖVP, den Familiennachzug zu stoppen oder zumindest zu überdenken. Statt nur zu klagen, könne man jedoch auch sehen, dass sich Kinder schneller in einer neuen Umgebung zurechtfinden als Erwachsene. "Sie sind daran gewöhnt, in ihrem jungen Leben ständig Neues zu erleben, zu interpretieren, zu erlernen."

Vor allem das Einkommen entscheide darüber, ob Familien Interesse an Demokratie entwickeln oder nicht, schrieb Slouk mit einem Verweis auf den "Österreichischen Demokratie Monitor". Damit sich die ankommenden Familien am öffentlichen Leben beteiligten, bräuchten sie "keine zusätzlichen Erschwernisse in der Eingewöhnungsphase, sondern die Möglichkeit, eigenes Geld zu verdienen, und das nicht zu wenig". Das gelte für die "neuen Familien" ebenso wie für die "alten", so Slouk.

Sorge um Parallelgesellschaft

Durchaus gab es aus der katholischen Publizistik auch kritische Stimmen zu den jüngsten Entwicklungen im Asylwesen. Gudula Walterskirchen hielt in der "Ganzen Woche" (24. April) insbesondere der Stadt Wien vor, nicht die "Musterstadt gelungener Integration" zu sein, als welche sie sich gebe. Die "ungeregelte Zuwanderung" lasse "Parallelgesellschaften" entstehen, geregelter Unterricht aufgrund der fehlenden Deutschkenntnisse der neuankommenden Kinder sei kaum möglich, auch werde damit ein problematisches "Frauenbild des Islam" importiert. Dazu kämen soziale Folgen wie Wohnungsnot, übervolle Schulen und Kindergärten, Belastung des Gesundheitssystems und des Sozialbudgets.

Gemeinsamer Nenner von Walterskirchen und Slouk war der Hinweis auf das Arbeitsproblem, wengleich mit unterschiedlichen Nuancen. "Mindestens 40 Prozent derjenigen, die 2015 zu uns flüchteten, haben immer noch keine Arbeit, und dennoch finden Firmen immer schwerer Mitarbeiter", schrieb Walterskirchen. Bei jungen Zuwanderern müsse vor allem auf die Qualifikation geachtet werden, "frustrierte, aggressive junge Menschen ohne Perspektive und ohne den Willen, sich in eine Leistungsgesellschaft einzufügen", brauche das Land nicht.

Debatte um Wohnsitzauflage

Die im Zuge des Familiennachzugs aufgekeimte Debatte um eine Wohnsitzauflage für Asylberechtigte wurde in der "Furche" (25. April) diskutiert, in der Kolumne "Lasst uns streiten". Dissonanzen waren zwischen Brigitte Quint und

Manuela Tomic kaum auszumachen: Beide verurteilten es, in Wahlkampfzeiten Geflüchtete zum Sündenbock zu machen, auch verwiesen beide auf den nachvollziehbaren Wunsch Geflüchteter, in Wien statt in den Bundesländern zu wohnen: In einer Großstadt fühlten sich Fremde weniger fremd, fänden eher Netzwerke, könnten den Alltag eher auch auf Englisch bestreiten und seien weniger mit Ausländerfeindlichkeit konfrontiert, schrieb Quint. Tomic verwies auf gegenseitige Hilfe innerhalb der in der Hauptstadt lebenden Community, auf Infrastruktur und Hilfseinrichtungen, welche mitunter noch mehr Pullfaktor als die höhere Sozialhilfe sein dürfte.

Hinsichtlich der Polit-Debatte - Wien hatte die Wohnsitzauflage gefordert, die mehrheitlich

ÖVP-dominierten Länder diese abgelehnt - befürwortete Quint eine "Änderung des Status quo": Die Bundesländer würden erst dadurch in die Integrationspflicht genommen, "was gesellschaftlich wünschenswert wäre". Dass die Grünen hier nicht mitgingen, sei schade, "denn Begegnung schafft Akzeptanz". Tomic gab sich weniger optimistisch: "Wenn man als Politiker auf Landesebene Asylberechtigte besser integriert, könnte einem dies wichtige Stimmen kosten. Laut Integrationsbarometer 2023 bewerten 65 Prozent der Österreicher das Zusammenleben mit Migranten als schlecht. Probleme lösen kann man wohl erst wieder nach dem Wahlkampf."

Debatte um Umgang mit "Rechten" erreicht auch Kirchenzeitungen

Ausschluss eines AfD-Politikers von Kirchenämtern für Wiener "Sonntag" fragwürdig - Michael Prüller: "Keine gute Idee, die Orbans dieser Welt zu verhindern, indem man sie imitiert"

26.04.2024 (KAP-ID) Immer wieder steht die Kirche vor der Frage, wie sie mit Mitgliedern umgeht, die auch politische Ämter bekleiden und deren Partei offen christlichen Grundprinzipien widerspricht. Eine aktuell aufgeflammete Debatte darüber in Deutschland, wo ein AfD-Politiker sein Kirchenamt verlor, hat der Wiener "Sonntag" in seiner aktuellen Ausgabe (24. April) aufgegriffen. Nachdenklich äußerte sich zu dem Fall Sophie Lauringer. "Gelingt auf diese Weise ein Aufeinanderzugehen und Abholen, wenn Gläubige extreme Positionen vertreten?", hinterfragte die Chefredakteurin.

Konkret geht es um Christoph Schaufert, Landtagsabgeordneter für die AfD im Saarland. Bisher auch Mitglied des Verwaltungsrates der katholischen Kirchengemeinde in Neunkirchen/Saar, wurde er jüngst von letzterer Funktion "mit sofortiger Wirkung" entlassen und man entzog ihm auch "die Wählbarkeit in den Verwaltungsrat oder Kirchengemeinderat einer Kirchengemeinde in der Diözese Trier". Angaben von Ortspfarrer Bernd Seibel zufolge brachte sein Gemeinemitglied zwar nie die politischen Ansichten der AfD in die kirchliche Arbeit ein, es gehe aber um die Darstellung und das Wahrnehmen außerhalb der Kirchengemeinde.

Hintergrund für diesen Schritt war die im Februar einstimmig beschlossene Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz mit dem Titel "Völkischer Nationalismus und Christentum sind

unvereinbar". "Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern", dürften für Christen kein Ort politischer Betätigung sein, weshalb diese auch "nicht wählbar" seien, so die Bischöfe.

Antrag und Einspruch noch in Prüfung

Die Pfarre hatte den Ausschluss mit den hohen Parteiämtern Schauferts, mit seiner fehlenden Distanzierung von extremistischen Positionen seiner Partei und mit dem Leiden der Glaubwürdigkeit der Gemeinde begründet. In Landtagsprotokollen, AfD-Dokumenten und sonstigen Äußerungen Schauferts findet man dennoch keine explizit verfassungsfeindlichen oder antisemitischen Aussagen, hieß es seitens der Diözese Trier.

Ob der Ausschluss, gegen den der Betroffene Einspruch erhob, auch hält, ist noch ungewiss: Die Diözese prüfe den Antrag der Pfarrgemeinde, hieß es am 23. April auf katholisch.de. Schaufert könnte jedoch zum "Präzedenzfall" werden, zumal schon jetzt die Erklärung der Bischofskonferenz die Juristen aller deutschen Diözesen beschäftigt. Klar sei laut Angaben der Pressestelle der Bischöfe jedoch bereits, dass die bloße AfD-Mitgliedschaft für einen Ausschluss aus kirchlichen Ämtern oder Räten noch nicht genüge. Einige wenige Diözesen hätten jedoch Unvereinbarkeitsklauseln für Pfarrgremien, die nicht auf einzelne Parteien, sondern auf extremistische öffentliche Äußerungen abzielten.

Blacklist für Kircheneinsatz

"Sonntag"-Chefredakteurin Lauringer räumte ein, die AfD habe oft bewiesen, "keine besonders appetitliche Partei" zu sein. Fragen müsse man aber dennoch unter anderem, "wo beginnt es, problematisch zu werden, katholisch zu glauben und zu leben und in der Politik tätig zu sein? Hat also Schaufert das erträgliche Maß überschritten?" Sie stelle sich auch die Frage, "ob die katholische Kirche in unserem Nachbarland auch darüber nachdenkt, andere extreme Positionen welcher Art auch immer hinsichtlich ihrer 'Blacklist' katholischen Engagements zu prüfen?"

Auf eine ähnlich gelagerte Diskussion, wenngleich ohne kirchliche Beteiligung, hatte Tage zuvor in der "Presse" (21. April) der Wiener Diözesansprecher Michael Prüller hingewiesen. "Soll man Rechten das Mikrofon wegnehmen, wie das gerade ein belgischer Bürgermeister versucht hat?" fragte der frühere stellvertretende "Presse"-Chefredakteur.

"Kongress der Nationalkonservativen"

Prüller bezog sich dabei um den Brüsseler "Kongress der Nationalkonservativen", eine vom jüdischen Publizisten Yoram Hazony veranstaltete Tagung, bei welcher der Nationalstaat als "Bollwerk zur Erhaltung westlicher Lebensart, kultureller Eigenheit und zivilisatorischer Errungenschaften" hochgelobt wurde, um Tendenzen wie Globalismus und Imperialismus entgegenzuwirken. "Dagegen lässt sich immer noch viel sagen - aber es ist jedenfalls nicht die alte Neue Rechte, die ihre Nation vergöttert, mit dem Führerprinzip liebäugelt und andere aufgrund ihrer Biologie verachtet. Sie wollen zurück - aber nicht ins Jahr 1933, sondern vielleicht 1965, als der Feminismus eine Freizeitbeschäftigung höherer Töchter war und die Immigranten an verlängerten Wochenenden nach Hause fuhren", bemerkte Prüller.

Die Tagung - deren Vertreter durchwegs Zuwanderungsgegner und EU-Ablehner sind, mit Rednern wie Ungarns Premier Viktor Orbán oder Brexit-Partei-Mitgründer Nigel Farage - stand kurz vor der Absage, als sie der sozialistische Bürgermeister des betreffenden Brüsseler Stadtteils schließen ließ mit Polizeigewalt und dem Hinweis, die "extreme Rechte" sei dort nicht willkommen. Da die Teilnehmer "ethisch konservativ" und "europaskeptisch" seien, müsse er die öffentliche Ordnung aufrechterhalten.

Freiheit des anderen

Gut sei es gewesen, dass noch in der Nacht ein Höchstgericht die Maßnahme aufgehoben habe und die Tagung stattfinden konnte, urteilte Prüller. "Auch, weil etwa Orbán, der einer 'illiberalen Demokratie' das Wort redet, die Vorzüge des liberalen Rechtsstaats einmal am eigenen Leib erfahren konnte", so der Diözesansprecher. Irritiert habe ihn allerdings, dass der Bürgermeister nicht überall selbstverständliche Ablehnung erfahren habe - auch in österreichischen Medien. So habe etwa "Profil" auf die selbst gestellte Frage "Soll man Rechten das Mikrofon wegnehmen?" nur deshalb mit "Nein" geantwortet, weil so etwas den Rechten nur nütze.

Weiters zeigte Prüller kein Verständnis für das Staunen des "Profil" über Belgiens Premierminister Alexander De Croo, der die Polizeiaktion als "verfassungswidrig" verurteilte, obwohl er doch laut des Nachrichtenmagazins ein "lautstarker Gegner des Rechtsrucks in der EU" sei. Die Erklärung sei einfach, so Prüller: "De Croo ist ein Liberaler. Es könnte also sein, dass er gerade deshalb gegen einen Rechtsruck ist, weil ihm auch die Freiheit der jeweils anderen am Herzen liegt. Und es deshalb auch für keine gute Idee hält, die Orbáns dieser Welt zu verhindern, indem man sie imitiert."

Vatikan bei Biennale: "Werden Inhaftierte instrumentalisiert?"

Pavillon auf Venedigs Frauengefängnis-Insel sorgt in Österreichs Zeitungen für "beschämtes" und "deplatziertes" Gefühl - Begegnung mit Insassinnen "prägender als die Kunstwerke"

26.04.2024 (KAP-ID) Der Auftritt des Heiligen Stuhls bei der Biennale 2024 in Venedig sorgt zu deren Auftakt für viel Aufsehen - und zwar besonders die Wahl der Location: In einem kleinen Frauengefängnis auf der Insel Giudecca sieht man Werke namhafter, teils überraschender

Künstler wie etwa Maurizio Cattelan - bekannt für ein provozierendes Werk des von einem Meteoriten getroffenen Papst Johannes Paul II. - sowie der amerikanischen Nonne Sister Corita und der französischen Tänzerin Bintou Dembélé, die teils gemeinsam mit den Gefängnisinsassinnen

kreativ tätig waren. Kurz vor dem Papst-Besuch am 28. April bei der weltbekannten Kunstausstellung zeigten sich Österreichs Tageszeitungen hochinteressiert an dem mit "With My Eyes" betitelten Vatikan-Beitrag, zugleich jedoch auch überfordert vom Gebotenen.

Bei dem Kunstparcours in ein Frauengefängnis "bleibt die Frage: Werden die Inhaftierten instrumentalisiert?", schrieb Martin Behr in den "Salzburger Nachrichten" (24. Februar). Es sei kaum davon auszugehen, dass die inhaftierten Frauen einen Nutzen aus dem Ausstellungsprojekt ziehen könnten. "Zwangsbeglückung oder doch ein Mehrwert für die Menschen hinter Gittern?", wollte der Journalist von einer mit der Besucher-Führung beauftragten Insassin wissen, die daraufhin erklärt habe: "Es ist für uns eine willkommene Abwechslung." Freilich sei es so, dass andere in ihren Zellen bleiben müssten, durch die Gitterstäbe auf das Kunstpublikum blickten und bisweilen winkten, grinsten oder stumm auf die Besucher aus der anderen Welt schauten. "Diese optischen Eindrücke sind prägender, intensiver als die Kunstwerke von 'With My Eyes'", befand Behr.

Voyeuristisches Gefühl

In der "Presse" (21. April) bestätigte Rom-Korrespondentin Almuth Spiegler, dass in Italien über keinen der 87 Pavillons mehr gesprochen worden sei als über jenen des Vatikan. "Wenn Sie sich tatsächlich, um ein bisschen Kunst zu sehen, vielen traurigen Blicken aussetzen wollen, sollten Sie schnell buchen. Aber lassen Sie sich verraten: Es zahlt sich nicht wirklich aus." Spiegler hatte den Beitrag selbst nicht gesehen, sondern Redaktionskollegin Sabine B. Vogel, die von ihrem Giudecca-Besuch ebenfalls vor allem die Erfahrungen bei der Begegnung mit einigen der 80 Insassinnen hervorhob. "Das alles fühlt sich jedenfalls schrecklich voyeuristisch an: Wir fröhliche Pressemleute, die hier mal kurz einfällt und den trüben Alltag der Inhaftierten durcheinanderwirbelt. Wir sind die Freiheit, das Draußen. 'With My Own Eyes' bekommt hier etwas Aufdringliches".

Sie habe sich "beschämt" gefühlt, so Vogel. "Rund ein Dutzend Frauen sind hier gerade beim Hofgang, zu zweit, allein, in Gruppen. Sie beäugen uns misstrauisch. Wir trauen uns kaum zurückzuschauen und sind doch immens neugierig. Einige aus unserer Gruppe starren die Gefangenen unverhohlen an, die Fotografen suchen geeignete Motive. Wir dürfen niemanden ansprechen, auf keinen Fall unsere Führerinnen nach ihren Straftaten fragen - was jeder so gerne wissen würde." Auch ein "deplatziertes" Gefühl habe sie beschlichen, denn "zu ungleich ist diese Begegnung" - erst recht, als man in den Besucherraum "Eingedrungen" sei und sich die Frauen an den drei Tischen "entsetzt" zu den ankommenden Journalisten umgedreht hätten.

Mit dem Pavillon wolle der Heilige Stuhl die Betrachter einladen, die Worte von Papst Franziskus wörtlich zu nehmen, so die Presse-Journalistin: "Er lädt alle dazu ein, anderen direkt in die Augen zu schauen, über ihren sozialen Status hinweg, um ihrer Menschlichkeit zu begegnen - ob das hier irgendjemandem tatsächlich gelingt? Ob irgendjemand daran denkt, dass der Besuch von Gefangenen in der katholischen Kirche als eines der sieben Werke der Barmherzigkeit gilt?" Zumindest dem Papst bei dessen Visite im Pavillon per Helikopter werde dies der Fall sein.

Begegnung mit anderer Realität

Von allen Beteiligten der Presseführung durch den Pavillon wurden die "neuen Erfahrungen" hervorgehoben, welche der Gefängnis-Besuch mit sich bringe. Man werde wie am Flughafen untersucht, müsse Handys und alle anderen mitgeführten Gegenstände aus Sicherheitsgründen in Schließfächer sperren und das venezianische "Dolce far Niente" gegen eine Realität mit "Mehrpersonenzellen, Stacheldraht, Überwachungskameras, Stahltüren" austauschen, schrieb etwa die SN. Es sei sicher kein Zufall, dass "With My Eyes" als Titel "die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung darauf lenkt, wie wir unser soziales, kulturelles und spirituelles Zusammenleben verantwortungsvoll begreifen, ausdrücken und gestalten", wie es im Vatikan-Statement geheißen habe.

D O K U M E N T A T I O N E N

Churer Bischof bei Huonder-Requiem: Freude statt Angst vor der Welt

Wortlaut der Homilie des Schweizer Bischofs Joseph Bonnemain beim Requiem für den verstorbenen Churer Altbischof Huonder, der auf eigenen Wunsch bei der von Rom getrennten Piusbruderschaft beigelegt wurde

26.04.2024 (KAP-ID) *Die Entscheidung des Schweizer Altbischofs Vitus Huonder nach seinem Tod nicht in der Kathedrale von Chur, sondern am Sitz der von Rom getrennten traditionalistischen Piusbruderschaft in Econe/Wallis beigelegt zu werden, hat für Aufsehen gesorgt. Den amtierenden Bischof von Chur, Joseph Bonnemain, hatte Huonder kurz vor seinem Tod am 3. April von dem Wunsch informiert. An der Beisetzung in Econe am 17. April, geleitet vom früheren Generaloberen der Priesterbruderschaft St. Pius X. Bernard Fellay, nahm Bischof Bonnemain als einziger amtierender katholischer Bischof der Schweiz teil - jedoch ohne liturgische Kleidung im einfachen Priestergewand und in den Bankreihen der Gläubigen.*

Tags darauf fand in der Kathedrale von Chur ein Requiem für Huonder statt, das auch die Schweizer mitfeierten. Der Kathpress-Infodienst dokumentiert im Folgenden die Homilie von Bischof Bonnemain bei dem Gottesdienst:

Liebe Mitbrüder, liebe Schwestern und Brüder,

Heute gedenkt die Kirche des hl. Papstes Leo IX. Die entsprechenden biblischen Texte passen meiner Ansicht nach sehr gut, wenn wir für einen verstorbenen Hirten des Bistums die Eucharistie feiern. Bevor ich aber diese biblischen Passagen näher beleuchte, möchte ich mich mit dem Leben des Verstorbenen auseinandersetzen. Vielleicht hilft es uns, seine Überlegungen und Entscheidungen einzuordnen.

Vitus Huonder hat im Jahr 2017 - er war also 75-jährig - im Rahmen eines Priestertages sein Leben und seine Berufung Revue passieren lassen. Er erzählte, wie er bereits als Kind schon sehr früh Pfarrer werden wollte. Die Teilnahme an der hl. Messe sei für ihn von klein auf ein himmlisches Ereignis gewesen, wie alles, was mit dem Glauben und dem Feiern des Glaubens zu tun hatte. Schon mit 6/7 Jahren beschäftigte ihn die Frage, heilig zu werden sehr. Wichtige Ereignisse in seinen jungen Jahren waren - so beschrieb er - die Heiligsprechung von Maria

Goretti im Jahr 1950 und jene von Papst Pius X. im Jahr 1954. Als Mittelschüler in der Klosterschule Disentis genoss er das Chorgebet und lauschte unter der Empore der Klosterkirche dem Offiziums-gesang der Mönche. So entschloss er sich, selber Mönch zu werden. Er sagte anlässlich dieses Priestertages auch, dass diese Zeit im Kloster, eine Zeit der innigen Gottesbegegnung gewesen sei: Beten zu können und beten zu dürfen, sei ein unschätzbare Geschenk Gottes. Während all jenen Jahren fehlten aber auch Widrigkeiten und Rückschläge nicht - manche waren hart. Im Nachhinein meinte er: "Was hat der böse Feind nicht alles unternommen, um meine Berufung abzuwürgen". Ich wage zu sagen, sein Leben blieb immer von diesen beiden Seiten geprägt: Eine Sehnsucht nach einer heilen, unberührten, heiligen Welt und die Mühe, die Realität zu akzeptieren, eine Welt, die erlösungsbedürftig bleibt, anzunehmen. Nach der zeitlichen Profess schickte ihn das Kloster Disentis nach Rom, um dort weiter zu studieren. Es war 1965 - die letzte Konzilsperiode. Der Lärm der Stadt setzte ihm sehr zu, genauso wie die teilweise abwegigen, wenig geistlichen Haltungen einiger Mitbrüder, aber noch viel mehr die theologischen Strömungen nach dem Konzil, die er später als Wiederaufleben des Modernismus beurteilte. Schließlich entschied er sich, aus dem Kloster auszutreten. Sein Theologiestudium setzte er in Fribourg fort, jedoch nicht mehr mit der Absicht, Priester zu werden. Nach einer plötzlichen Erleuchtung im Jahr 1970 war für ihn wieder klar, dass er Priester werden sollte. Er wurde am Hochfest des hl. Bruder Klaus, am 25. September 1971, in Thalwil zum Priester geweiht.

Im Anschluss doktorierte er in Fribourg. In jener für ihn unruhigen theologischen Studienzeit suchte er Halt in der Heiligen Schrift, vor allem im unmittelbaren Verstehen des Schrifttextes. Das Bibelstudium wurde seine Leidenschaft. Er war später federführend bei der Entstehung der Wortgottesfeier und des Romanischen Messbuches beteiligt.

Sein Unbehagen inmitten der theologischen Entwicklung unserer Zeit und der Öffnung der Kirche nach dem Konzil hin zur Welt blieb im Leben von Bischof Vitus eine Konstante. Zweimal wirkte er als Ortspfarrer, in Kilchberg und Egg ZH. Wirklich wohl fühlte er sich dabei nicht. Er schrieb: "In dieser Situation wurde ich von Neuem ein Suchender". Und weiter: "Oft kam ich auch in die Versuchung, mich aus dem Bistum zu verabschieden, und einer Bewegung beizutreten, welche sich ganz der Tradition verpflichtet wusste". Kurze Zeit war er Pfarrhelfer in Sachseln. Die kirchliche Situation in den Urkantonen des Bistums Chur betrachtete er ebenfalls als mit Spannungen beladen. Umso mehr suchte er Halt in alten Lehrschriften: Im Römischen Katechismus nach den Beschlüssen des Tridentinischen Konzils, im Katechismus des hl. Papstes Pius X., usw. Anschließend suchte er Zuflucht im akademischen Bereich und habilitierte über die Psalmen in der Liturgia Horarum. 1990 wurde er von Bischof Wolfgang Haas zum Generalvikar für die Bistumsregion Graubünden, Fürstentum Liechtenstein und Glarus ernannt. Die für ihn zu belastende Situation im Bistum brachte ihn dazu, im Sommer 1992 seine Demission einzureichen. Sein Hadern mit der Welt und der kirchlichen Gegenwart war spürbar. 1998 wurde er von Bischof Amédée Grab erneut zum Generalvikar für die Bistumsregion Graubünden ernannt. Nach der Emeritierung von Bischof Amédée kam dann, im Jahr 2007, seine Wahl zum Bischof von Chur. Rückblickend meinte er, es wäre eine schwierige Wahl gewesen, die er aber aufgrund des Vertrauens des Papstes annahm. Er hielt fest: "Die äußeren Umstände meiner Amtszeit waren wirklich eine große Belastung". Der Suchende nach einer geschützten, heilen und abgeschiedenen Welt fand nach seiner eigenen Emeritierung schließlich Ruhe bei der Priesterbruderschaft des hl. Pius X. in Wangs, und in einer vorkonziliaren, ritualisierten und genau vorgeschriebenen Liturgie, wie er sie aus seiner Kindheit kannte und schätzte. Wir kennen alle seinen Entschluss, in Ecône, in der Nähe von Msgr. Marcel Lefebvre begraben zu werden. Ich würde dies alles als eine letzte Beheimatung, in einer heilen Welt seiner Vorstellungen bezeichnen.

Im Buch des Propheten Ezechiel finden wir Schafe, Menschen, die sich verirrt, zer-

streut wurden und sich nach Sammlung sehnen, nach fetten Weideplätzen, nach Heimat und Wohlgefühl. Gott kümmert sich um sie, als guter Hirt. Unser Erlöser und Heiland, der einzige, wahrhaft gute Hirte, hat für uns sein Leben hingegeben. Aber nicht, um uns in einer heilen Welt - geschützt vor der gefährlichen Welt - abzusondern, sondern damit wir, mitten in unserer Welt, wie sie ist, in der Kirche, hier und heute, dank seiner Liebe und Freundschaft mit unserem Leben und unseren Taten Verkündende des Heils sein können. Wir sind heute hier - Bischöfe, Priester und viele Gläubige. Jede und jeder von uns ist in seiner spezifischen Funktion, in seinem bestimmten Amt, in seiner Aufgabe und durch einen eigenen Ruf einerseits dazu berufen, Hirte der anderen zu sein, um die anderen auf gute Weiden zu führen. Andererseits ist jede und jeder von uns gleichzeitig verirrt, zerstreut, verletzt, entmutigt, hungrig nach Liebe. Es ist entscheidend, dass wir alle eine echte, synodale Kirche bilden. Eine Kirche, in der wir uns alle gegenseitig sagen: Du bist kein Knecht, du bist mein Freund, meine Freundin, ihr seid meine Geschwister im Glauben, ich bin gerne bereit, mein Leben für euch einzusetzen. Die Kirche kennt eine Hierarchie, es gibt verschiedene Ämter und Aufgaben, aber es gibt gleichzeitig ein gemeinsames Priestertum aller Gläubigen und ich würde sagen, ein gemeinsames Hirtentum. Wenn wir so die Geschwisterlichkeit und die Synodalität leben, brauchen wir keine Angst vor der Heidenwelt zu haben, sondern spüren vielmehr die Freude, für diese Welt, in dieser Welt und mit dieser Welt in die ewige Heimat unterwegs zu sein.

Wir hoffen und beten, dass Bischof Vitus nun die ewige Heimat erlangen konnte und sie bereits genießt. Der Suchende möge schlussendlich die Antwort und die Schau erlangt haben. Ich würde gerne wissen, ob das Heile und Heilige so aussieht, wie er es sich vorgestellt hat. Auch unsere Vorstellungen könnten alle einmal verblasen, angesichts der Realität. Aber etwas können wir jetzt schon erahnen: Der Himmel ist nichts anders, als die apothetische Verwirklichung des Auftrags des Herrn: "Liebt einander, wie ich euch geliebt habe".

Chur, 19. April 2024

Joseph Maria Bonnemain, Bischof von Chur

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling, Till Schönwälder Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 5283 – 1337 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer Capital Bank AG Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	